



# Landtag von Baden-Württemberg

146. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 24. März 2021 • Haus des Landtags

Beginn: 10:06 Uhr

Schluss: 12:36 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin. . . . .	8997	<b>na-Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO) – Drucksache 16/10026 . . . . .</b>	<b>8999</b>
Abg. Daniel Rottmann AfD (zur Geschäftsordnung) . . .	8997	Ministerpräsident Winfried Kretschmann. . . . .	8999, 9018
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung). . . . .	8998	Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	9002, 9019
Beschluss. . . . .	8999	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	9005, 9021
1. a) <b>Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 22. März 2021</b>		Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU. . . . .	9007, 9022
und Aussprache		Abg. Bernd Gögel AfD . . . . .	9009, 9020
b) Mitteilung der Landesregierung vom 19. März 2021 – <b>Beteiligung des Landtags nach § 3 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen – Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Coro-</b>		Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	9012, 9020
		Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos) . . . . .	9014
		Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	9014
		Abg. Stefan Räßle (fraktionslos) . . . . .	9015
		Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	9016
		Beschluss . . . . .	9023
		2. Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/10017 . . . . .	9023
		Beschluss . . . . .	9024

## Protokoll

über die 146. Sitzung vom 24. März 2021

Beginn: 10:06 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 146. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Becker, Herr Abg. Burger, Frau Abg. Erikli, Herr Abg. Halder, Frau Abg. Lindlohr, Frau Abg. Lipp-Wahl, Herr Abg. Paal, Herr Abg. Pix, Herr Abg. Renkonen sowie Frau Abg. Schwarz.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit vom 5. März 2021 – 5 Jahre Landesinformationsfreiheitsgesetz Baden-Württemberg: Evaluation und Empfehlungen des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit –, Drucksache 16/9995. – Sie nehmen davon Kenntnis.

Jetzt haben wir vor Eintritt in die Tagesordnung einen Geschäftsordnungsantrag. – Herr Abg. Rottmann, bitte.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Guten Morgen, Frau Präsidentin, guten Morgen, sehr geehrte Kollegen! Aus aktuellem Anlass beantrage ich die Einfügung eines zusätzlichen Tagesordnungspunkts zu folgendem Thema: „Genehmigung von Präsenzgottesdiensten mit Gesang an Karfreitag und Ostern und Abschaffung der Meldepflicht für Gottesdienste“.

Ich begründe den Antrag wie folgt:

Erstens: Ostern ist der höchste Feiertag der Christen. Christen feiern an diesem Tag den Sieg ihres Erlösers über Krankheit, Sünde und Tod. Und was brauchen wir in diesen Zeiten mehr als einen Sieg über Krankheit und die Hoffnung, die sich daraus ergibt?

Zweitens: Ostern ist das Fest der Auferstehung. An diesem Tag geht es um neues Leben. Es geht um Auferstehung zu neuem Leben. Und selbst Menschen, denen der christliche Glaube fremd ist, feiern diesen Aufbruch – und sei es als Frühlingsanfang.

Drittens: Singen gibt Hoffnung. Wer singt, fasst neuen Mut und lässt sich nicht so leicht von Angst herunterziehen. Singen ist eines der besten Medikamente gegen Angst, und auch das brauchen wir in diesen Zeiten ganz besonders.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Rottmann, warten Sie einmal, bitte. – Geschäftsordnungsanträge, die zu einer Erweiterung der Tagesordnung führen sollen, sind nur zulässig, wenn sie von einer Fraktion gestellt werden. Jetzt ist die Frage: Gibt es – Okay. Die entsprechende Unterstützung ist gegeben.

Dann fahren Sie bitte fort.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Danke schön. – Viertens: Gesang ist ein wichtiger Bestandteil des christlichen Glaubensbekenntnisses. Ein Gesangsverbot schränkt das Recht auf freie Ausübung der Religion ein und verstößt gegen Artikel 4 des Grundgesetzes:

*Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.*

*Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.*

Um zu veranschaulichen, wie die Gläubigen das Gesangsverbot empfinden, möchte ich an dieser Stelle einen Pastor zitieren, der sich im Februar an alle Fraktionen hier im Landtag gewandt hat und zum Thema Gesangsverbot Folgendes schreibt – ich zitiere –:

*Wir haben ein detailliertes Hygienekonzept ausgearbeitet, das wir peinlichst genau befolgen. U. a., dass wir seit Wiedereröffnung der Kirche nach dem ersten Lockdown mit Masken am Platz sangen. Während des gesamten Gottesdienstes öffnen wir immer wieder die Fenster zum Lüften.*

Und weiter:

*Dass die Regierung sich in unsere religiösen Rituale einmischt und uns diktieren möchte, wie wir unseren Glauben leben sollen, ist ein zutiefst verletzender Eingriff in unseren Glauben.*

Nun zur Begründung der von uns geforderten Abschaffung der Meldepflicht für Gottesdienste: Bereits am 30. Januar 2021 hatte die Landesregierung eine Meldepflicht für Gottesdienste mit mehr als zehn Teilnehmern erlassen und diese Regelung am 8. März bestätigt. Da könnte man sich schon fragen, in was für einem Land wir eigentlich leben.

Auf meine Kleine Anfrage – Meldepflicht für die Gottesdienste in Baden-Württemberg – Drucksache 16/9912 hin musste die Landesregierung aber zugeben, dass es keine Erkenntnisse gibt, wonach sich die Meldepflicht für Gottesdienste bei der zuständigen Polizeibehörde auf irgendeine Art und Weise positiv auf das Infektionsgeschehen auswirken bzw. zu einem Rückgang des Infektionsgeschehens führen würde.

Die Verordnung zur Meldepflicht für Gottesdienste in Baden-Württemberg beruht nicht auf einer wissenschaftlichen Grundlage. Sie erinnert manche Christen sehr wohl an die dunkelsten Zeiten in der ehemaligen DDR und die Unterdrückung in der kommunistischen Sowjetunion.

(Beifall)

(Daniel Rottmann)

Ich möchte schließen mit einem Zitat aus der Bibel zum Thema „Seuchen, Epidemien und wirtschaftlicher Niedergang“:

*So spricht Gott, der Herr: Siehe, wenn ich den Himmel verschließe, dass es nicht regnet, oder die Heuschrecken das Land fressen oder eine Pest unter mein Volk kommen lasse – und wenn dann mein Volk, über das mein Name genannt ist, sich demütigt, dass sie beten und mein Angesicht suchen und sich von ihren bösen Wegen bekehren –, dann will ich vom Himmel her hören und ihre Sünde vergeben und ihr Land heilen.*

Zum Nachlesen: 2. Chronika 7, 13–14.

Gott schütze unser Land!

(Beifall – Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, bevor ich über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen lasse, habe ich dazu eine weitere Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Fiechtner. – Bitte.

(Zurufe – Unruhe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Ich merke, dass Sie sich alle freuen, dass auch ich zu Ihnen spreche.

(Zuruf: Zum ersten Mal!)

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Rottmann ist dringend nötig, und ich komme ja gerade rechtzeitig, um auch selbst zu einem solchen existenziellen und essenziellen Punkt Stellung zu nehmen.

Dass der Coronawahn, dass dieses erdachte Horrorszenario jetzt auch dazu benutzt wird, eine Tradition plattzumachen, die spätestens seit dem Ende der Christenverfolgungen im Jahr 313 Eingang gefunden hat, dass man Gottesdienste offen und frei miteinander begehen kann, dass man sich physisch trifft, dass man gemeinsam das Vaterunser spricht und daraus Kraft schöpft, dass man gemeinsam Lieder singt, dass das jetzt unter der Überschrift eines herbeigedachten Infektionsszenarios plattgemacht werden soll,

(Zuruf)

dokumentiert die völlige Verwahrlosung, Verkommenheit, Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung, Herablassung dieses Regimes.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Es passt zu Ihnen, zu Ihrer Ideologie, die Sie nichts mit den Menschen überhaupt im Sinn haben. Es geht Ihnen nicht um die Menschen. Es geht Ihnen nicht um Gesundheit oder Krankheit. Es geht Ihnen um Herrschaft und um Vernichtung von Kultur und menschlichem Zusammenleben.

(Vereinzelt Beifall)

Dass Sie jetzt hier an zentralen Punkten christlichen Zusammenlebens ansetzen, zeigt die Quelle, aus der Sie Ihr Handeln schöpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist zutiefst teuflisch, satanisch, zerstörerisch, was Sie machen.

(Unruhe)

Sie wollen die Menschen vernichten. Sie sind die Diener eines Deep States, die Diener eines Great Resets, die Diener einer Agenda 2030.

(Zurufe – Lebhaft Unruhe)

Ihnen ist es völlig wurscht, ob einer stirbt, ob zehn sterben, ob Millionen sterben.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich darf Sie daran erinnern, dass Sie sich hier parlamentswürdig zu verhalten haben. Mäßigen Sie sich bitte in Ihrer Wortwahl.

(Zurufe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Präsident, was ich hier tue, ist diesem Parlament mehr als angemessen; das möchte ich hier an dieser Stelle nur sagen.

(Unruhe)

Sie treiben die Menschen ins Verderben, Sie treiben die Menschen in die Panik, Sie treiben die Menschen in den Tod, millionenfachen Tod. Sie propagieren eine Impfung, die die Menschen umbringen wird, einen Mord – –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, jetzt erteile ich Ihnen dafür einen Ordnungsruf. – Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss. Sie haben Ihren Antrag jetzt begründet.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Wofür erteilen Sie mir einen Ordnungsruf?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für Ihre Wortwahl.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Für welche Wortwahl genau kritisieren Sie mich, bitte schön?

(Lebhaft Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Entweder Sie beenden jetzt Ihre Begründung, oder Sie müssen Platz nehmen.

(Zurufe)

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ich habe noch zwei Minuten. Die Begründungszeit für einen Geschäftsordnungsantrag beträgt fünf Minuten. Aber ein Präsidium, das sich noch nie an die Regeln gehalten hat, versucht natürlich auch an dieser Stelle einzugreifen.

Wir haben hier einen Anschlag auf den Menschen schlechthin.

(Zuruf)

Die Maske, die Sie tragen, ist ein Zeichen der Entmenschlichung, des Gesichtsverlusts. Sie behindern die Atmung und

(Dr. Heinrich Fiechtner)

rauben den Ruach, den Atem, den Gott uns in die Nase gegeben hat.

(Vereinzelt Beifall)

Allein an dieser Stelle zeigen Sie symbolhaft – –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, reden Sie zu dem Geschäftsordnungsantrag, bitte. Es geht um die Erweiterung der Tagesordnung.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wie unflätig kann man eigentlich sein?)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Genau dazu rede ich.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es geht nicht um die Maskenpflicht.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Dazu rede ich. Das gehört alles zusammen.

Und dann kommen Sie noch mit dieser Fiktion, mit dieser Fata Morgana daher, dass das Singen von Liedern die Infektionsrate steigern würde. Ja, haben Sie noch alle Tassen im Schrank? Haben Sie sich diese Studien einmal angeschaut? Sind Sie noch ganz bei Trost, so was zu sagen? Wer das Liedersingen verbietet, zeigt damit, wes Geistes Kind er ist, nämlich ein Menschenfeind, ein Kulturfeind, ein Menschenschlächter. Aber das sind Sie ja ganz offensichtlich.

Dieser Antrag muss daher unbedingt an dieser Stelle diskutiert werden.

(Zuruf: „Menschenschlächter“? Das geht gar nicht!)

– Doch, das geht sehr wohl. – Sie reden den Menschenschlächtern das Wort, und Sie betreiben das Geschäft des menschlichen Vernichtens.

(Zurufe – Lebhaft Unruhe)

In diesem Sinn: Kommen Sie endlich zu sich. „Oh Land, Land, Land, höre des Herrn Wort.“

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Lebhaft Unruhe)

Ich lasse jetzt über den Geschäftsordnungsantrag – Erweiterung der Tagesordnung – abstimmen. Wer dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt, und wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**a) Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 22. März 2021**

**und Aussprache**

**b) Mitteilung der Landesregierung vom 19. März 2021 – Beteiligung des Landtags nach § 3 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen – Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Corona-Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO) – Drucksache 16/10026**

Zunächst erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Grüß Gott, Pol Pot!)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie bekommen damit den zweiten Ordnungsruf.

(Zurufe)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Sie über die Beratung von Bund und Ländern informieren, die vorgestern stattgefunden hat.

Wie Sie wissen, breitet sich Corona derzeit wieder mit exponentieller Geschwindigkeit aus,

(Widerspruch)

auch wenn wir in den vergangenen Wochen nur schrittweise und nur sehr vorsichtig gelockert haben. Der wesentliche Grund dafür ist die britische Mutante, die sich schon weitgehend durchgesetzt hat.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh!)

Sie ist nicht nur ansteckender als das ursprüngliche Virus; sie führt leider auch häufiger zu schweren Krankheitsverläufen und Todesfällen.

(Zuruf: Wo ist denn das belegt? – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Alles Larifari!)

Sie breitet sich gerade so schnell aus, dass sich die Infektionszahlen bei uns alle zehn Tage verdoppeln. Wenn wir darauf nicht reagieren, würden die Intensivstationen im Land schon im April überlaufen.

(Zuruf)

Einen solchen Gesundheitsnotstand müssen wir verhindern. Leider ändern die bisherigen Impfungen an dieser Prognose noch nichts. Sie schützen zwar die über 70-Jährigen besser, dadurch rücken aber nun die 50- bis 60-Jährigen stärker in den Fokus. Ein bremsender Effekt der Impfungen auf das Infektionsgeschehen ist nach den Prognosen der Wissenschaft frühestens Ende Mai oder Anfang Juni zu erwarten –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Mai nächsten Jahres!)

frühestens; denn die Wirkung der Impfung hängt nicht nur vom Impftempo ab, sondern auch von den Infektionszahlen. Je kleiner die Infektionszahlen, desto stärker und früher der Bremseffekt der Impfungen.



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wir sind – das muss allen klar sein – in der schwierigsten Phase der Pandemie. Das Virus ist sehr viel gefährlicher geworden, aber die rettenden Impfungen greifen noch nicht in der Breite.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deshalb gibt es derzeit leider keinen Spielraum für weitere Öffnungsschritte. Im Gegenteil, wir müssen weiter verschärfen. Deshalb haben wir beim Bund-Länder-Gipfel Folgendes beschlossen:

Die Notbremse, die bei unserer Zusammenkunft am 3. März beschlossen wurde, tritt in Stadt- und Landkreisen mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 100 in Kraft. In diesen Gebieten gibt es zusätzlich Ausgangsbeschränkungen. Über die Osterfeiertage vom 1. bis zum 5. April wird das öffentliche Leben weitgehend heruntergefahren. Das Testregime wird ausgeweitet. Beim grenzüberschreitenden Flugverkehr wird es eine Testpflicht geben.

Weil wir eine solche Entwicklung, wie wir sie jetzt sehen, befürchtet haben, haben wir in unserem letzten Beschluss am 3. März bereits eine Notbremse verankert. Als ich die Beschlüsse der letzten Bund-Länder-Konferenz vorgestellt habe, habe ich sehr bewusst nicht mit den Lockerungsplänen begonnen, sondern mit dieser Notbremse. Sie ist eine der wichtigsten Lehren aus dem vergangenen Herbst, weil damals alle Bremssysteme versagt hatten. Deswegen sind wir in die zweite Welle hineingerauscht.

Die Notbremse besagt, dass bei einer Inzidenz von über 100 wöchentlichen Neuinfektionen je 100 000 Einwohner die Lockerungen automatisch zurückgenommen werden und wieder die restriktiven Regeln von vorher gelten.

(Abg. Anton Baron AfD: So ein Unsinn!)

In den letzten drei Wochen ist die Inzidenz in Baden-Württemberg von 50 auf über 100 gestiegen. Deshalb haben wir im Land auch die Öffnungsschritte, die frühestens für den 22. März in Aussicht gestellt waren, bereits in der vergangenen Woche ausgesetzt. Für die Städte und Kreise, in denen die Inzidenz über 100 liegt, tritt die Notbremse automatisch in Kraft: Es gelten wieder die gleichen Regeln, die bis zum 7. März in Kraft waren. Die Geschäfte für den täglichen Bedarf bleiben geöffnet, dazu zählen auch Bau- und Gartenmärkte. Es gilt eine nächtliche Ausgangsbeschränkung von 21 bis 5 Uhr, sofern im betreffenden Kreis oder in der betreffenden Stadt die Sieben-Tage-Inzidenz über 100 liegt. Wer in einem privaten Pkw mitfährt – das ist jetzt neu –, muss eine medizinische Maske tragen, sofern die Person nicht dem Hausstand des Fahrers angehört.

(Vereinzelt Lachen – Zurufe)

Wie wir ab Montag mit den Regelungen zu den Kontakten – –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine – –

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Wie wir ab Montag mit den Regelungen zu den Kontaktbeschränkungen sowie zu Click and Collect bzw. Click and Meet im Einzelhan-

del umgehen werden, beraten wir gerade intensiv mit unseren Nachbarländern. Ich kann Ihnen dazu noch nichts Endgültiges sagen.

Als weiteren Schritt, um die Infektionsdynamik zu brechen, haben wir eine Osterruhe beschlossen – eine unkonventionelle Maßnahme.

(Zurufe)

An fünf Tagen am Stück soll das Prinzip gelten: Deutschland bleibt zu Hause.

(Zurufe)

In der Zeit vom 1. bis zum 5. April soll das öffentliche Leben weitgehend ruhen und sollen alle Kontakte auf ein Minimum beschränkt werden. Im Einzelnen bedeutet das: Öffentliche Ansammlungen werden untersagt. Der Einzelhandel bleibt geschlossen; nur der enge Lebensmittelhandel darf am Samstag öffnen, um die Versorgung zu gewährleisten. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

werden gebeten, Gottesdienste und religiöse Versammlungen virtuell durchzuführen. Ich werde darüber mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften noch in dieser Woche sprechen.

(Zuruf)

Niemand zieht die Notbremse leichtfertig, aber wer sie nicht betätigt, begibt sich in die Gefahr eines fahrlässigen Handelns.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas zu der Diskussion sagen, nach der wir die Maßnahmen nicht mehr allein an den Inzidenzen ausrichten sollen, sondern auch an der Auslastung der Kliniken und Intensivstationen.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Ja, genau!)

Dabei muss man wissen: Die Inzidenz von heute ist die Auslastung der Kliniken in etwa drei Wochen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist doch gar nicht wahr, was Sie da sagen!)

Wenn wir erst handeln, sobald die Kliniken an ihrer Leistungsgrenze ankommen, ist es zu spät.

(Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, warten Sie einmal. – Meine Damen und Herren, insbesondere Herr Abg. Dr. Fiechtner: Können Sie einfach einige Minuten nur zuhören? Danach haben Sie die Möglichkeit zu reden. Danke.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Dann wird es also zu spät sein, wenn wir erst warten, bis die Kliniken voll sind. Dann werden sie über der Leistungsgrenze sein.

(Zuruf)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kitas und Grundschulen waren das Erste, was wir in aller Vorsicht geöffnet haben, und das aus gutem Grund. Die Kleinsten und ihre Familien leiden am meisten unter dem Lockdown, und sie tun sich am schwersten mit dem Fernunterricht.

(Zuruf)

Genau deshalb tun wir auch alles dafür, dass die Kitas offen bleiben und in den Grundschulen sowie in den Klassen 5 und 6 weiterhin Präsenzunterricht angeboten wird, solange das vertretbar ist. Wir wollen hier Perspektiven geben. Aber das ist eine gewaltige Herausforderung, weil wir wissen, dass das mutierte Virus gerade auch bei Kindern deutlich ansteckender ist als der Wildtyp. Wir befinden uns da also in einer neuen Situation.

Darauf reagieren wir, indem wir auch an den Schulen die Sicherheitsmaßnahmen weiter ausbauen. Seit Montag gilt die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske auch an den Grundschulen, und in den Klassen 5 und 6 findet nun Wechselunterricht statt,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

wenn das Abstandsgebot aufgrund der räumlichen Gegebenheiten nicht eingehalten werden kann.

In der kommenden Woche werde ich mich mit Vertreterinnen und Vertretern von Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen zusammensetzen, um mit ihnen zu erörtern, wie wir in den Schulen nach den Osterferien weitermachen. Klar ist: Nach den Osterferien kommt eine weitere Sicherheitssäule an den Schulen dazu. Dann werden nicht nur die Lehrkräfte regelmäßig getestet – die bis dahin ja auch zu großen Teilen geimpft sein werden –, sondern auch die Schülerinnen und Schüler, die in den Präsenzunterricht gehen. Dafür sind zwei Tests pro Woche an den Schulen vorgesehen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was tun Sie den Kindern an!)

Fest steht: Wenn wir möglichst viel Präsenz ermöglichen wollen, brauchen wir eine hohe Quote der Teilnahme an den Tests. Welche Möglichkeiten wir in Richtung einer Testpflicht haben, loten wir rechtlich aus. Jedenfalls haben wir das Ziel, dass wir perspektivisch allen Klassenstufen eine Chance auf Wechselunterricht einräumen, unter entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen.

Für den Schulalltag sind die Coronaregeln und bald auch das Testen eine große Herausforderung. Dessen bin ich mir bewusst. Aber dadurch werden die Schulen auch sicherer und die Spielräume für mehr Lernen in Präsenz größer. Bis es so weit ist, können uns Tests mehr Sicherheit und Freiheit bieten.

Wir verfolgen mit der Teststrategie zwei Ziele. Das ist erstens das Ziel, dass Infektionsketten rechtzeitig unterbrochen werden. Durch die sogenannten Bürgertests – indem also jeder und jede mindestens einen kostenlosen Schnelltest pro Woche machen kann – wollen wir einen Schritt in diese Richtung gehen, ebenso durch Tests in Schulen und Pflegeheimen sowie möglichst auch am Arbeitsplatz. Ich appelliere hier eindring-

lich an Unternehmen: Stellen Sie Ihren Beschäftigten, die in Präsenz arbeiten müssen, regelmäßig Tests zur Verfügung, mindestens einmal die Woche, besser zweimal.

Anfang April werden wir uns ein Bild davon machen, wie viele Unternehmen solche Tests anbieten. Sollte die Quote zu niedrig sein, wird eine bundesweite rechtliche Verpflichtung für die Unternehmen geprüft,

(Lachen)

Tests für ihre Belegschaften anzubieten.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wer zahlt denn das?)

Das zweite Ziel unserer Teststrategie sind Freitestungen, um schrittweise Öffnungen zu ermöglichen. Solange Geschäfte oder Einrichtungen nur für Besucherinnen und Besucher mit einem aktuellen und negativen Test geöffnet werden, ist das Risiko überschaubar. Tests erhöhen auch die Sicherheit im privaten Bereich, etwa beim Besuch von Verwandten.

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Dazu wurde gestern beschlossen, dass in einigen Regionen Modellprojekte durchgeführt werden können, um die Möglichkeiten von Testregimes zu untersuchen. Das werden jetzt mehrere Länder machen. In Tübingen läuft mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg bereits das Modellprojekt „Öffnen mit Sicherheit“. Wir werden die Ergebnisse dieses Modellprojekts auswerten und dies dann in unsere Teststrategie einfließen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Impfen ist der Königsweg aus der Pandemie. Leider war dieser Weg bislang mühsam. Wir können die Kapazitäten unserer Impfböden noch immer nicht voll nutzen, weil es zu wenig Impfstoff gibt. Es gibt immer wieder Verzögerungen bei der Lieferung der zugesagten Mengen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Dank Europa!)

In der letzten Woche mussten wir die Nutzung des Impfstoffs von AstraZeneca für einige Tage unterbrechen, weil mögliche Nebenwirkungen abgeklärt werden mussten. Die Europäische Arzneimittelbehörde EMA hat am vergangenen Donnerstag klargestellt, dass die berichteten Nebenwirkungen extrem selten auftreten.

(Zurufe)

Der Nutzen der Impfung ist um ein Vielfaches höher als ein möglicher Schaden. Deshalb hat die EMA empfohlen, den Impfstoff weiterhin zu verwenden.

Ich war ja am Freitag selbst an der Reihe und habe mich mit dem Impfstoff von AstraZeneca impfen lassen.

(Zuruf: Und? Und?)

Ich kann Ihnen sagen, dass ich froh und dankbar bin.

(Zuruf)

Die gute Nachricht ist: Dank größerer Lieferungen können wir das Impftempo allmählich steigern. In dieser Woche und

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

in den drei darauffolgenden Wochen erwarten wir allein in Baden-Württemberg 1,3 Millionen Dosen. Das ist in diesen vier Wochen fast ebenso viel, wie wir in den letzten drei Monaten verimpfen konnten.

Für den April sind weitere Steigerungen angekündigt. Dadurch können wir die Impfzentren endlich besser auslasten, und wir können nach Ostern flächendeckend die Arztpraxen in die Impfungen einbeziehen. In Baden-Württemberg sind wir hier Vorreiter; hier nehmen bereits 36 Arztpraxen im ganzen Land die Impfungen vor, um entsprechende Erfahrungen zu sammeln.

Ich halte das für einen ganz entscheidenden Fortschritt in der Impfkampagne. Dadurch sind mehr Impfungen möglich. In den Arztpraxen kann die vorgeschriebene Impfreihenfolge flexibel angewendet werden. Wir brauchen hier einen prinzipiengeleiteten Pragmatismus. Es ist richtig, den Ärzten den nötigen Spielraum zu geben. Sie kennen ihre Patienten am besten. Ich habe volles Vertrauen, dass sie verantwortungsvoll handeln.

(Beifall)

So bald wie möglich sollen zudem die Betriebsärzte mit einbezogen werden, um die Reichweite und die Geschwindigkeit der Impfungen weiter zu erhöhen. Ab wann das der Fall sein wird, hängt von der verfügbaren Menge des Impfstoffs ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der steigenden Infektionszahlen appellieren wir dringend, auf Reisen im In- und Ausland möglichst zu verzichten.

(Zuruf: Wollt ihr alle Leute einsperren?)

Durch den grenzüberschreitenden Verkehr können sich Virusmutationen leichter ausbreiten. Sie müssen deshalb so gut es geht eingedämmt werden. Künftig soll es bei Flugreisen eine Testpflicht für Passagiere und die Crew vor dem Abflug geben, wenn sie aus dem Ausland nach Deutschland einreisen. Die Bundesregierung hat zugesagt, das Infektionsschutzgesetz entsprechend zu ändern.

Viele Bewohnerinnen und Bewohner in den Alten- und Pflegeheimen leiden sehr stark unter den Kontaktbeschränkungen. Zwar ist dort die Impfquote sehr hoch, aber es fehlt noch immer an Klarheit, ob Geimpfte, die nicht selbst erkranken, das Virus nicht dennoch weitergeben können.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Erst wenn das durch das RKI belastbar geklärt ist, können wir auch das in die weiteren Strategien einbeziehen.

Um das Leben in diesen Einrichtungen etwas zu erleichtern, können zwei Wochen nach der Zweitimpfung die Besuchregelungen gelockert und die Gruppenangebote wieder durchgeführt werden. Voraussetzung ist allerdings, dass es kein Ausbruchsgeschehen gibt und die Test- und Hygienekonzepte aufrechterhalten werden. Die Gesundheitsministerkonferenz wird dazu in Kürze Empfehlungen vorlegen.

Die Notbremse und die Ruhezeit über Ostern stellen gerade für den Einzelhandel, aber auch für andere Bereiche eine weitere schwere Belastung dar. Wir haben uns deshalb beim

Bund-Länder-Treffen darauf verständigt, dass die Bundesregierung für die Unternehmen, die es am härtesten trifft, weil sie besonders schwer und lange von Schließungen betroffen sind, ein ergänzendes Hilfsinstrument auflegen wird.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch hat uns die Pandemie im Griff, und trotzdem dürfen wir zuversichtlich sein, müssen den Kopf nicht in den Sand stecken. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen, das medizinische Personal und Menschen über 80 Jahre werden bis Ende März fast komplett geimpft sein. Bis Ende April oder Anfang Mai sollten alle Menschen über 70 Jahre und Personen mit Vorerkrankungen geimpft sein; zudem bestimmte Berufsgruppen, die viele Kontakte haben, wie Lehrerinnen und Lehrer sowie die Polizei.

Sofern uns keine neuen Hiobsbotschaften zu den Impfstoffen erreichen, können wir Ende Juni oder Anfang Juli die nächste Wegmarke erreichen. Bis dahin sollten große Teile der Bevölkerung über 18 Jahre zumindest einmal geimpft sein. Eine einmalige Impfung bietet zwar noch keinen vollständigen Schutz, aber immerhin macht sie einen schweren Verlauf der Infektion viel unwahrscheinlicher. Zusammen mit flächendeckenden Tests und der digitalen Kontaktnachverfolgung ist eine allmähliche Normalisierung im Sommer in Sicht.

Dass wir jetzt nicht den direkten Weg in Richtung Normalität nehmen können, sondern den Umweg über neuerliche Einschränkungen gehen müssen, bedaure ich sehr. Aber es ist leider nicht zu ändern. Denn wir geben auch auf dem letzten Abschnitt dieser Pandemie dem Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land den Vorrang.

Lassen Sie uns gemeinsam die letzten Monate bewältigen! Diese Kraftanstrengung ist notwendig, um die Kraft des Virus zu schwächen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe gerade vor einigen Minuten erfahren, dass die Kanzlerin für 11 Uhr eine Konferenz mit den Ministerpräsidenten angesetzt hat. Sie haben ja gesehen: Es ist noch nicht alles wirklich in trockenen Tüchern,

(Vereinzelt Lachen)

sodass es einfach wichtig ist, dass ich an dieser Beratung teilnehme. Mein Stellvertreter, Minister Strobl, ist ja hier im Parlament, und ich verspreche Ihnen, dass ich, wenn ich früher gehen muss, das Protokoll lesen werde, um zu wissen, was Sie gesagt haben. Ich bitte um Ihr Verständnis.

(Beifall – Zuruf: Ihr Platz ist heute hier!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der Aussprache erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Abg. Stoch.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es gibt die bekannte Frage, ob ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen ist.

(Andreas Stoch)

Nach einem Jahr Pandemie müssen wir erkennen: Wir haben auf diese Frage keine Antwort.

(Zuruf: S i e haben keine Antwort!)

Der Schrecken bleibt, und ein Ende scheint noch immer nicht in Sicht. Allein das lastet immer schwerer auf unserem Land, auf uns allen, überall.

Diese Pandemie kostet jeden Tag unglaublich viel Kraft, und mancher hat das Gefühl, dass ihm die Kräfte ausgehen. Wir alle sind müde von dieser Pandemie. Wir sind erschöpft. Aber dem Virus ist das egal. Es ist deswegen ganz wichtig, dass wir uns an ein paar Grundsätze erinnern, die in diesem viel zu langen Jahr vielleicht schon wieder in Vergessenheit geraten sind.

Wir erleben – da darf ich den Virologen Christian Drosten zitieren – „eine Naturkatastrophe in Zeitlupe“. Gerade weil wir dieser Katastrophe bisher trotz aller Probleme und Pannen vor allem bei der Behandlung der hilfsbedürftigen Menschen, die erkrankt sind, insgesamt ganz passabel begegnet sind, ist sie, die Pandemie, für einen Großteil der Bevölkerung nicht real spürbar.

Spürbar sind aber die Maßnahmen gegen die Pandemie, die Auflagen, die Beschränkungen, der Lockdown, die Verbote. Spürbar sind die Hygieneregeln, die geschlossenen Geschäfte, die abgesagten Veranstaltungen. Spürbar ist, was wir alles nicht können, nicht dürfen, nicht sollen.

All das macht müde. Das gilt für uns alle, und es gilt eben auch für die Mehrheit der Vernünftigen und Besonnenen, für alle die, die versuchen, wenigstens irgendetwas am Laufen zu halten.

Ich will an dieser Stelle deutlich machen: Wir wissen, wie schwer es ist. Wir wissen, was man zurzeit alles durchmachen muss. Wir wissen, welche schwere Aufgabe z. B. Polizistinnen und Polizisten haben, die kommunalen Ordnungsdienste, die Beschäftigten von Verkehrsbetrieben oder auch Menschen im Handel. Wir wissen, wie sehr es an den Kräften zehrt, immer wieder mit Uneinsichtigen diskutieren zu müssen, die die Maskenpflicht oder das Abstandsgebot vergessen oder ganz bewusst dagegen verstoßen.

(Zuruf)

Wir wissen, wie ermüdend es ist, in Schulen mit Eltern diskutieren zu müssen, die für ihre Kinder Maskenpflicht oder sogar Testungen ablehnen. Wir wissen, welchen enormen Druck auf allen Verantwortlichen lastet, bis hinein in die Rathäuser, ja sogar in die Vereine.

Wir wissen auch, dass noch immer jeden Tag – auch in diesen Minuten – Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger um das Leben ihrer Patienten kämpfen, die wir an dieses Virus zu verlieren drohen. All den Menschen, die mit diesem Virus kämpfen, sagen wir von dieser Stelle aus ein herzliches Danke für ihre Arbeit in den letzten zwölf Monaten.

(Beifall)

Aber wir wissen auch, dass Applaus allein zu wenig ist, erst recht jetzt, im Frühjahr 2021. Wir kommen nun vielleicht in eine der schwierigsten Phasen dieser Pandemie, mit neuen, gefährlicheren Mutanten, mit viel Pandemiemüdigkeit, mit

Menschen, die das Warten auf Verbesserungen zornig macht. Wir sind nun in einer Zeit, in der wir – nach einem Jahr Pandemie – alles schon einmal erlebt haben, wie die Wiederholung eines ganz schlechten Films.

Wir leben in Zeiten, in denen wir an vielen Stellen viel weiter sein wollten, in denen wir bereits viel mehr Grund zur Hoffnung haben wollten, in einer Zeit, in der wir viel mehr Licht am Ende des Tunnels erwartet hatten. Aber wieder müssen wir erkennen: Es wird noch dauern, bis Impfungen die Lage wirklich verändern, und es wird länger dauern als in manchen anderen Ländern, auf die wir nun neidisch blicken.

Wir können die Pandemie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht aus der Welt zaubern, und wir können und dürfen sie auch nicht einfach ignorieren. Deswegen ist es wichtig, weiterhin wachsam zu sein. Frust und Verzweiflung bringt uns diese Pandemie, Ohnmacht, Wut und Zorn. Das können wir nicht ändern. Was wir aber ändern können und auch ändern müssen, ist, dass zu all dem unausweichlichen Frust weiterer Frust hinzukommt, der vermeidbar wäre. Wer mit den Leuten in diesem Land redet, weiß, dass viel Unmut nicht nur durch die Pandemie selbst entstanden ist. Es ist nicht rühmlich, wie es mit der Versorgung mit Impfstoffen lief. Es war nicht so, wie wir es erhofft hatten. Wir mussten erleben, dass das Impfen deutlich langsamer an Fahrt gewann, als es uns allen lieb gewesen wäre.

Aber ich höre immer wieder, dass man lieber eine schlechte Nachricht gehört hätte als immer neue hoffnungsfrohe Botschaften – die dann nicht eingehalten wurden. Wenn ich einer Seniorin sage, dass sie noch vier Wochen auf ihre Impfung warten muss, ist das nicht schön. Wenn ich sie aber dazu bringe, sich vier Wochen lang wieder und wieder um einen Impftermin zu bemühen, und wenn das wieder und wieder nicht klappt, dann ist das unnötig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich bin heute nicht hier, um Schuldzuweisungen vorzunehmen. Wir müssen uns ganz klar darüber werden, dass es den allermeisten Menschen in diesem Land von Herzen egal ist, wer in diesem Haus mit dem Finger auf wen zeigt. Es ist vielen auch egal, ob die unerfüllten Versprechen vom Bund kamen, vom Land oder von der EU. Die allermeisten Menschen in diesem Land haben keinen Zweifel daran, dass wir uns vor Corona schützen müssen.

(Zurufe, u. a.: Doch!)

Aber es wachsen Zweifel daran, dass das Management der Politik so gut ist, wie es dringend sein sollte. Zu den Gründen für solche Zweifel gehören Versprechen von Impfangeboten, dazu gehört die enttäuschte Erwartung, dass wir mit Testungen eine Brücke schlagen können zu mehr Normalität, dazu gehören auch öffentliche Debatten über Lockerungen an Feiertagen, die dann wieder zurückgenommen werden müssen. Dazu gehören Kommunikationspannen und die Verwirrung um Impfstoffe.

Und dazu gehört auch eine Perspektivlosigkeit, gegen die bislang zu wenig unternommen wurde – vielleicht auch deshalb, weil wir uns vor unerfreulichen Aussagen fürchten.

(Zuruf)



(Andreas Stoch)

Diese Pandemie ist kein Spaziergang, sondern ein langer, anstrengender Gewaltmarsch. Das ist schlimm genug. Aber wenn ich weiß, dass ich einen Gewaltmarsch vor mir habe, dann kann ich mich darauf einstellen. Ich nehme dann einen Rucksack mit, trage passende Kleidung und ziehe das richtige Schuhwerk an. Viele Menschen in diesem Land hatten aber den Eindruck, man habe ihnen einen bloßen Spaziergang angekündigt – und nun marschieren sie seit einem Jahr. Seit einem Jahr haben wir selten bis gar nicht erlebt, dass etwas besser lief als erwartet, dass etwas schneller ging als erhofft, dass etwas leichter wurde als befürchtet. Es war immer umgekehrt. Und das kostet unendlich viel Kraft und Nerven.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen das ändern. Wir müssen das anders machen. Niemand in diesem Land wird der Politik vorwerfen, wenn etwas besser läuft als erhofft. Es sollte aber bitte nicht schlechter laufen als versprochen. Die Politik sollte nichts versprechen, was hinterher dann nicht zu halten ist. Hoffnung ist süß, aber enttäuschte Hoffnungen sind bitter, und sie führen zur Verbitterung. Genau das merken wir jetzt gerade mit voller Wucht.

Die SPD hat seit Beginn der Pandemie alle wesentlichen Schritte dieser Landesregierung im Grundsatz mitgetragen. Doch neben den notwendigen Reaktionen auf die Pandemie haben wir auch immer wieder Vorschläge, Änderungsvorschläge unterbreitet, z. B. für verlässlichere Konzepte an Schulen, für Verbesserungen bei der Impfstrategie, für einen zielgerichteteren Einsatz von knappen Ressourcen wie den Tests. Ich würde mir sehr wünschen, dass man uns zuhört und diese Anregungen endlich aufnimmt. Es muss damit aufhören, dass man sich in diesem Haus auf die Schultern klopft. Es müssen Lösungen her, die funktionieren, es müssen Versprechen her, die dann auch gehalten werden, und wir brauchen Zeitpläne, auf die sich die Leute verlassen können.

(Beifall)

Die Beschlüsse vom vergangenen Montag – von vorgestern –, liebe Kolleginnen und Kollegen, werfen – das muss man so offen sagen – zahlreiche Fragen auf; Lösungsvorschläge wurden dabei kaum unterbreitet. Es geht dabei letztlich um ein „Immer weiter so!“. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer auf die Idee kam, diese fünf Tage Feiertagsruhe einzuführen, der muss mir einmal erklären, welcher gesundheitliche Effekt aus diesen fünf Tagen entsteht, und er muss zum anderen auch Klarheit darüber herstellen, wie wir das, was jetzt angestrebt ist, rechtlich umsetzen wollen. Denn uns alle erreichen Fragen wie: Wie sieht es eigentlich aus mit diesem Gründonnerstag? Was heißt eigentlich „Lebensmitteleinzelhandel im engen Sinne“, wie es auf einmal in diesem Beschluss steht? Fragen über Fragen, aber keine Antworten.

Auch das Thema Gottesdienste spielt eine Rolle. Wir werden erleben, dass am Karsamstag in der Sportschau die Fußballspiele übertragen werden; der Götze Fußball ist damit offensichtlich wichtiger als die Möglichkeit für Menschen, an Gottesdiensten teilzunehmen.

(Zuruf: Sie haben doch dagegen gestimmt!)

Auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Fragen, die die Menschen an uns stellen. Und diesen Fragen und Widersprüchen müssen wir uns stellen;

(Zurufe, u. a.: Sie hätten gerade eben zustimmen können! – Unruhe)

denn das sind Dinge, die viele Menschen in diesem Land nicht verstehen.

(Beifall)

Wir brauchen auch klare Ansagen für unsere Schulen. Es kann nicht sein, dass, wie am vergangenen Freitag geschehen, um 17:59 Uhr aus dem Kultusministerium die Mitteilung kommt, dass ab dem folgenden Montag eine Maskenpflicht in der Grundschule gilt, und aus der hervorgeht, dass man endlich zu der Einsicht gelangt ist, dass in den Klassen 5 und 6 unter den aktuellen Umständen allenfalls Wechselunterricht verantwortet werden kann. Das ist unnötig, und es kostet die Menschen an den Schulen neben der Kraft, die sie brauchen, um den Laden am Laufen zu halten, noch zusätzliche Organisationsanstrengung, noch zusätzliche Kraft. Wir brauchen endlich eine verlässliche Strategie für unsere Schulen, für die Bildungseinrichtungen in diesem Land, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall)

Wir brauchen auch klare Vorgaben, mit denen die Verantwortlichen vor Ort nicht alleingelassen werden. Wir brauchen klare Messgrößen ohne mutierte Kriterien, die man hin und her dreht. Wir müssen uns ganz pragmatisch an erfolgreichen Beispielen aus der ganzen Welt orientieren. Warum denn, wenn Tests Mangelware sind, nicht mit Pooltests arbeiten, wie es beispielsweise die Stadt Freiburg jetzt unternommen hat?

Wir werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Pandemie meistern. Aber es ist noch ein gutes Stück Weg, und dieser Weg wird noch steil sein. Das dürfen wir nicht beschönigen. Wir erwarten von allen gehörige Mühen und Anstrengungen. Darum darf man auch von der Politik gehörige Mühen und Anstrengungen erwarten.

Wir brauchen endlich eine klare Ansage zur Lage. Ich finde es unerträglich, dass in diesem Land, in dem Tausende auf Intensivstationen liegen, in dem Zigtausende am Rande des Ruins stehen und Hunderttausende Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen, über Flugreisen nach Mallorca diskutiert wird. Ist das wirklich die Diskussion, die wir führen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das sind Widersprüche, die niemand in diesem Land verstehen kann.

(Beifall)

Wir brauchen ganz sicher mehr Kreativität und mehr Mut, wenn es darum geht, unseren Kampf gegen Corona auch zu entbürokratisieren. Wir brauchen einen offenen Blick für alle Versuche in den Kommunen, in anderen Bundesländern und auch im Ausland, wo die Bekämpfung der Pandemie im Moment erfolgreicher verläuft. Wir brauchen endlich die Ehrlichkeit, zu sagen, dass wir Fehler, wie sie in der Vergangenheit passiert sind, auch korrigieren, und wir müssen endlich zu einer Lösung kommen, die den Menschen auch das Gefühl gibt: Bei all den Schwierigkeiten, bei all den Einschränkungen geht es auch um eine Gerechtigkeit der Lösungen – und es geht vor allem um die effektive Eindämmung der Pandemie. Das brauchen wir von dieser Regierung, und wir werden das auch von der nächsten Landesregierung brauchen.

(Andreas Stoch)

Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall – Abg. Winfried Mack CDU: Wie sieht die Lösung aus, lieber Herr Stoch? – Gegenruf: Das weiß er nicht! – Weitere Zurufe – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Ich schicke Ihnen gern meine Reden in gebundener Form, dann haben Sie es! – Vereinzelt Heiterkeit)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die grüne Landtagsfraktion, stellen die Gesundheit der Menschen weiterhin in den Vordergrund.

(Zuruf: Ja, ja!)

Besonnenheit und Entschlossenheit, das ist weiterhin unsere Leitperspektive bei der Bekämpfung dieser Massenerkrankung.

(Zuruf: Wer's glaubt, wird selig!)

Es ist absehbar, dass uns die Coronapandemie in den nächsten Monaten hier im Haus weiter beschäftigen wird. Für meine Fraktion, für die wiedergewählten Abgeordneten, für diejenigen, die jetzt noch dabei sind, und für die neu gewählten Abgeordneten ist klar: Wir werden uns weiterhin an den Empfehlungen und Erkenntnissen der Wissenschaft orientieren. Wir bleiben im Team „Umsicht und Verantwortung“.

(Beifall – Zuruf)

Es wird daher gerade in den nächsten Monaten auf Stabilität und Verlässlichkeit ankommen,

(Zuruf)

wenn es um die Eindämmung des Virus geht. Auch in den nächsten Monaten muss die Gesundheit der Menschen in Baden-Württemberg an erster Stelle stehen. Über den Weg, über die besten Instrumente lässt sich streiten – jedoch nicht über die grundsätzliche Orientierung. Die Eindämmung des Virus, das Ziel, dass weniger Menschen krank werden, eint uns. Wer das mitträgt, ist herzlich eingeladen, beim Team „Umsicht und Verantwortung“ mitzumachen.

(Beifall – Zurufe)

Der Ministerpräsident hat es ausgeführt: Wir sind in einer schwierigen Lage. Wer hören wollte, konnte das auch schon vor einigen Wochen erfahren – aber wahrscheinlich wollten es wenige Menschen hören. Die Prognosen scheinen sich zu bewahrheiten – leider. Die Zahlen zeigen deutlich nach oben, viele Landkreise liegen über dem Inzidenzwert 100: Rastatt bei etwa 200, Schwäbisch Hall bei etwa 300. Die Zahl der Infektionen nimmt weiter zu – leider. Das sind keine Testeffekte, das sind keine isolierten Erkenntnisse, sondern alles deutet darauf hin, dass wir am Beginn eines exponentiellen Wachstums stehen, dass die dritte Welle da ist – leider.

(Zuruf)

Deswegen, Herr Ministerpräsident, stimmen wir den Maßnahmen und den Empfehlungen, die Sie vereinbart haben, zu.

Ich bin bei den Kollegen, dass es Flugreisen nach Mallorca jetzt nicht geben darf.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Doch, natürlich!)

Klar ist für mich – Herr Ministerpräsident, Sie haben von einer „Osterruhe“ gesprochen –, dass die Osterruhe für alle gelten muss, natürlich auch für den Profifußball. Das ist klar. Da geht es um Gleichbehandlungsgesichtspunkte, um Gerechtigkeitsgesichtspunkte.

(Zuruf)

Deswegen: Es ist richtig, dass die Maßnahmen verlängert und verschärft werden. Wir sind eindeutig dafür, auch eine Testpflicht für Reiserückkehrer einzufordern, Herr Ministerpräsident.

(Beifall – Zurufe)

Es geht jetzt darum, das exponentielle Wachstum, die exponentielle Ausbreitung des Virus zu stoppen. Dazu muss auch die Notbremse gezogen werden. Herr Ministerpräsident, die Notbremse ist dazu da, dass man sie auch zieht. Man darf sie nicht nur ins Schaufenster stellen, sondern man muss die Notbremse ziehen, wenn Gefahr im Verzug ist.

(Zurufe)

Die Logik ist doch ganz einfach: Dort, wo die Zahlen steigen, muss man zur Kontaktreduzierung, zum Schließen kommen, und dort, wo sie heruntergehen, kann über weitere Öffnungsschritte gesprochen werden. Deswegen unterstützen wir Ihre Linie, das entsprechend an den Stadt- und Landkreisen festzumachen. Wir unterstützen Ihre Linie, für Click and Meet eine kluge Lösung zu finden. Das ist uns sehr wichtig.

(Beifall)

Ich möchte das Thema „Schule und Kitas“ ansprechen. Das Thema wurde auf der Ministerpräsidentenkonferenz nicht ausführlich diskutiert, weil es in der Zuständigkeit der Länder und der Landtage liegt. Meiner Fraktion ist wichtig, dass wir Schulen und Kitas nicht ausklammern. Schnelltests und Impfungen sind hier wichtige Bausteine. Aber dort, wo die Inzidenzen steigen, reicht das nicht aus. Wir brauchen hier einen Stufenplan, um die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte zu schützen, um die Gesundheit der Familien zu schützen und um es trotzdem allen Kindern zu ermöglichen, nach den Osterferien zumindest für einige wenige Tage in der Woche Unterricht in Präsenz zu erhalten.

Wir schlagen vor,

(Zuruf)

uns dabei an den Inzidenzwerten zu orientieren. In einem solchen Stufenplan kann – abhängig vom Infektionsgeschehen im jeweiligen Landkreis – festgelegt werden, wann Schülerinnen und Schüler in Hybridunterricht, in Wechselunterricht zwischen Präsenz und Homeschooling oder auf herkömmliche Weise unterrichtet werden und wann Distanzunterricht notwendig ist.

(Andreas Schwarz)

Wir denken auch, dass es in Gebieten mit einer Inzidenz von mehr als 200 Neuinfektionen innerhalb von sieben Tagen zum Schutz der Gesundheit ausschließlich digitalen Unterricht geben sollte. Darunter kann jedoch, je nach Inzidenz, zwischen dem eingeschränkten Regelbetrieb, der Schule im Wechselmodell, dem Unterricht in geteilten Klassen unterschieden werden.

Wir, die grüne Landtagsfraktion, wollen gern gemeinsam mit Ihnen an einem solchen Stufenplan arbeiten und diesen auch sehr zügig umsetzen. Dazu suchen wir das Gespräch mit den Schulen, mit den Verbänden, mit den Eltern; denn ein vernünftiges Konzept lässt sich nur im Dialog mit der Schulgemeinschaft erstellen.

(Abg. Anton Baron AfD: Nach einem halben Jahr kommen Sie uns damit!)

Ich sage es noch einmal: Lehrerinnen und Lehrer, die Kinder und die Eltern haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie es nach den Osterferien weitergeht, auf was sie sich in Abhängigkeit von der Inzidenz einstellen müssen. Deswegen brauchen wir, meine Damen und Herren, diesen Stufenplan.

(Beifall – Zuruf)

Wir wollen mit Ihnen auch darüber reden, wie wir die Lerndefizite, die in den letzten Monaten bei den Kindern entstanden sind, wieder abbauen können. Dazu braucht es Diagnostik, beispielsweise im Sinne einer Lernstandserhebung. Wir setzen darauf, dass es zusätzliche Unterstützungsangebote und Lernbrücken in den Ferien gibt. Ich kann mir gut vorstellen, dass beispielsweise Lehramtsstudierende hierbei eine wichtige Rolle übernehmen können. Es ist jetzt angesagt, dies zu organisieren,

(Zuruf)

damit wir die Bildungschancen der Kinder stärken und die Schülerinnen und Schüler stärker aus dieser Krise kommen.

(Beifall)

Ich habe davon gesprochen, dass Besonnenheit und Entschlossenheit wichtig sind. Es sind doch gerade die uns Menschen eigene Innovationsfreude und Kreativität, die uns Mut machen, die uns Hoffnung geben, diese Pandemie zu besiegen.

(Zuruf)

Diese Hoffnung brauchen wir. Deswegen finde ich es wichtig, dass Modellprojekte stattfinden, in denen erprobt wird, wie ein konsequentes Testregime mit der Nachverfolgung von Kontakten es ermöglichen kann, das Virus einzudämmen, und zugleich dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben Hoffnung geben kann.

(Zuruf)

Mit der Stadt Tübingen, der Stadt Böblingen und der Alamanen Apotheke in Holzgerlingen sind wir in Baden-Württemberg Vorreiter. Dort gibt es durchdachte und sinnvolle Konzepte. Jetzt kommt es darauf an, die Wirkung genau auszuwerten. Erst danach wissen wir, ob diese mutigen Modelle übertragbar sind. Aber ich halte es für sinnvoll, genau hinzuschauen. Das gehört für mich ebenso zum besonnenen und

entschlossenen Handeln dazu. Dann können wir hier tatsächlich Vorbild sein.

(Beifall)

Ich möchte noch etwas zum Testregime sagen. Ich glaube, dass es inzwischen ganz gut ist. Wir haben zum einen Schnelltestzentren, die auch in einer Vielzahl von Kommunen aufgebaut worden sind. Wir haben den Bürgertest, mit dem jede Bürgerin, jeder Bürger einen Test pro Woche bekommt. Wir haben den zweiten Test, den wir beispielsweise in Schulen und Kitas anbieten, oder den zweiten Test, den Unternehmen ihren Beschäftigten anbieten. Somit kann sich jeder Mensch in Baden-Württemberg zweimal pro Woche testen lassen.

Ich appelliere an die Bürgerinnen und Bürger: Nutzen Sie diese Testmöglichkeiten! Zwei Tests pro Woche können mehr Sicherheit geben, können unbekannte Infektionsquellen aufdecken und tragen dazu bei, das Virus in Schach zu halten. Nutzen Sie diese Testmöglichkeiten!

(Beifall)

Ich muss allerdings an dieser Stelle auch einen Punkt ansprechen, der uns weiterhin ärgert. Den habe ich hier schon in der letzten und in der vorletzten Sitzung angesprochen. Und zwar: Wir alle wissen ja, wie sehr Kultur, Wirtschaft, der inhabergeführte Einzelhandel und die Gastronomie betroffen sind. Deswegen ärgert es uns, Herr Ministerpräsident, dass die Überbrückungshilfe III noch immer nicht ausverhandelt ist. Hier bestehen weiterhin Förderlücken. Ich habe das hier schon einmal ausgeführt. Es geht darum, dass man in diese Überbrückungshilfe III den fiktiven Unternehmerlohn einarbeitet. Dieser fiktive Unternehmerlohn muss jetzt kommen.

(Beifall)

Wir brauchen dringend eine Lösung dafür, dass auch die Soloselbstständigen, die kleinen Unternehmen ihren Lebensunterhalt gesichert bekommen. Das darf nicht bis zum Sommer warten. Das muss jetzt passieren.

(Beifall – Zuruf: Richtig!)

Wir wünschen uns beim Impfgeschehen etwas mehr Planbarkeit. Allerdings will ich da nicht mit dem Finger auf jemanden zeigen. Wie wir beim Impfen vorankommen, hängt einfach auch von den Lieferungen ab. Wir sind allerdings sehr zuversichtlich, dass, wenn im April etwa zwei Millionen Dosen nach Baden-Württemberg kommen, das Impftempo nochmals deutlich mehr Geschwindigkeit aufnimmt. Ich glaube auch, dass wir es dann schaffen können, das Virus wegzupimpfen. An diesem Thema arbeiten wir, und das hat höchste Priorität, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Zum Schluss möchte ich ein Thema ansprechen, das nochmals stärker betrachtet werden muss, nämlich die Langzeitfolgen einer Covid-Erkrankung. Über die Langzeitfolgen einer Covid-Erkrankung müssen wir nochmals gut diskutieren, und zwar – Herr Ministerpräsident, Sie haben es ausgeführt – weil die Mutation, das mutierte Virus erheblich infektiöser und auch erheblich giftiger ist.

(Zuruf: Wie „giftiger“?)



(Andreas Schwarz)

Es betrifft eher jüngere Leute, jüngere Menschen, also Kinder und Heranwachsende.

Deswegen bitten wir darum, Herr Ministerpräsident, dass wir uns nochmals stärker mit der Frage auseinandersetzen, welche Langzeitfolgen eine Covid-Erkrankung hat. Ich erinnere mich an die Innsbrucker Taucher, über die wir einmal diskutiert haben. Darüber sollten wir gerade auch zum Schutz der jüngeren Bevölkerung nochmals diskutieren.

(Zuruf: Was ist mit den psychischen Folgen?)

Ich halte fest: Wir handeln besonnen und entschlossen, mutig und zuversichtlich. Ich bin zuversichtlich: Wir werden als starkes Bundesland diese Krise gemeinsam meistern.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für uns, die CDU-Fraktion, steht ebenfalls die Gesundheit im Vordergrund. Wir müssen diese Pandemie mit Bedacht, mit Besonnenheit und Umsicht bekämpfen und hoffentlich auch bald – in einigen Monaten – besiegen. Es war richtig, bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz Anfang des Monats auf mehr Öffnung, mehr Leben und mehr Freiheit zu setzen, und es war auch gut, ein Stufenchema zu beschließen, in welchem Öffnungsschritte und Meilensteine klar definiert und auch konditioniert werden.

Aber leider geht der Trend bei den Infektionszahlen deutlich in die falsche Richtung. Wir sehen eine sehr dynamische dritte Welle, die vor allem von der besonders ansteckenden und gefährlichen Virusvariante angetrieben wird. Die Sieben-Tage-Inzidenz hat sich seit Anfang des Monats mehr als verdoppelt. 20 Kreise in Baden-Württemberg liegen schon wieder über 100. Der R-Wert ist mit 1,3 mittlerweile viel zu hoch, und es gibt inzwischen auch viele schwere Verläufe bei jüngeren Patienten und hohe Infektionszahlen bei Kindern. Das macht uns allen natürlich neue Sorgen. Wir haben auch gesehen, dass die Zahlen der Covid-Patienten auf den Intensivstationen wieder ansteigen und mittlerweile ein kritisches Niveau erreicht haben.

Wir sind in der schwierigsten Phase der Pandemie, wie es vom Ministerpräsidenten zu Recht ausgeführt wurde. Deshalb sage ich allen, die hier helfen, die Tag und Nacht das Virus bekämpfen, auch an dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Notbremse war vereinbart. Sie ist nicht nur für das Schaufenster bestimmt, wie Kollege Schwarz zu Recht sagt. Das muss natürlich jetzt auch gelten. Denn der Regierungschef hat mit Blick auf die Mutante von einer neuen Pandemie gesprochen. Eine neue Pandemie verlangt eine neue Reaktion, und deshalb treten neben die Maßnahmen nach der Beschlusslage von Anfang März jetzt auch weitere Maßnahmen. Wir unterstützen generell den Kurs der Vorsicht, aber auch den Kurs der Vernunft, und es ist gut,

dass jetzt offene Fragen noch einmal in einer Schalte der Ministerpräsidenten besprochen werden. Denn die müssen geklärt werden. Wir brauchen die Akzeptanz der Bevölkerung.

Klar ist auch: Wo die Inzidenzen weiter niedrig sind, muss auch weiter mehr öffentliches und wirtschaftliches Leben möglich sein. Denn der MPK-Beschluss postuliert ausdrücklich entsprechende Modellprojekte, auch Modellregionen. Ich habe gestern im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten gesagt, dass wir diesen differenzierten und regionalisierten Ansatz beibehalten und weiterentwickeln müssen. Dafür möchte ich werben. Denn wir begrüßen die Lösung, dass man regionalspezifisch unterwegs ist.

(Beifall)

Wie unterschiedlich lokale Inzidenzen ausfallen, sehen wir z. B. im Kreis Schwäbisch Hall. In Schrozberg haben wir mit fast 1 200 einen Inzidenz-Hotspot, und in Michelbach, im selben Kreis, liegt die Inzidenz fast bei null.

(Abg. Anton Baron AfD: Was sagt denn die Inzidenzzahl aus?)

Das zeigt, dass wir nicht nur darauf schauen dürfen, wie viele Menschen sich infizieren, sondern immer auch darauf schauen müssen, wer sich wo genau infiziert. Deshalb teilen wir die Haltung des Deutschen Städtetags, dass wir ergänzend zur Inzidenz auf weitere Faktoren achten müssen.

(Zuruf: Aha!)

Das wurde eben zu Recht dargelegt.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Auch unsere Verfassung verlangt eine ständige Neutarierung. Je länger die Pandemie dauert, desto mehr muss der Staat – ich zitiere Ferdinand Kirchhof – „subtiler und differenzierter agieren“. Deshalb müssen wir auch weiter an zusätzlichen Perspektiven für sichere und beschützte Öffnungen arbeiten. Denn eines ist sicher: Bauernhofferien zu, aber Ballermann auf, das machen die Leute nicht mit. Da sind wir ganz einer Meinung.

(Beifall)

Natürlich muss jetzt auch die Frage „Ruhetag oder Feiertag?“ geklärt werden, und es müssen nachvollziehbare Antworten gegeben werden. Wir sehen es übrigens auch so: Jetzt wird ja über das Vorgehen bei den Kirchen gesprochen. Auch dort setze ich bei den Gesprächen der Regierung mit den Kirchen auf Klugheit. Auch der Papst feiert allein oder teilweise in kleinem Rahmen mit wenigen. Aber es gibt Konzepte.

Das sind wichtige Grundrechte, und das muss sauber geklärt werden. Dafür stehen wir.

(Zuruf)

Gerade auch bei der Wirtschaft ist natürlich dieses Thema jetzt aufgekommen: Wie geht es weiter? Die Sorgen haben zugenommen. Wir hören und lesen es jeden Tag. Auch die – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Fraktionsvorsitzender, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?



**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Bitte sehr.

**Abg. Anton Baron** AfD: Vielen Dank, Herr Reinhart, für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie hatten ja gerade einen Vergleich zwischen Ballermann und Bauernhof gezogen. Da gebe ich Ihnen völlig recht. Aber wie sieht es denn beim Einzelhandel und bei den Supermärkten aus? In einen Lebensmittelsupermarkt dürfen Hunderte hinein, während in ein Einzelhandelsgeschäft mit Click and Collect nicht einmal eine Person hineindarf. Können Sie das nachvollziehen, Herr Reinhart?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Sie wissen, dass wir seitens unserer Fraktion gerade beim Einzelhandel ständig Perspektiven und kluge Lösungen gefordert haben.

(Zuruf: „Gefordert haben“!)

Dazu zählt auch Click and Collect, wozu die Wirtschaftsministerin sehr früh einen Vorschlag eingebracht hat. Insoweit geht es natürlich generell darum: Nicht nur der Einzelhandel, sondern die gesamte Wirtschaft muss in den Blick genommen werden. Es ist gut, dass mittlerweile die November- und Dezemberhilfen ausgezahlt sind.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Nein, noch nicht alle!)

Es sind mittlerweile 1,3 Milliarden € an die Unternehmen in Baden-Württemberg geflossen. Seit einigen Tagen laufen die Vollauszahlungen der Überbrückungshilfe III. 90 % derjenigen, die einen Antrag gestellt haben, haben schon Abschlüsse bekommen.

Der Kollege Schwarz hat zu Recht auch die Soloselbstständigen angesprochen. Bereits 11 000 Soloselbstständige haben Direktzahlungen aus der Neustarthilfe erhalten. Natürlich müssen wir, wenn jetzt der Härtefall kommt, auch schauen, dass Bund und Länder denen zur Seite springen, die wir mit den bisherigen Hilfen noch nicht erreicht haben. Es müssen Lücken geschlossen werden. Ich nenne auch die Gastronomie, den Tourismus, den ÖPNV. Dort haben wir gerade die Landesprogramme verlängert.

Auch müssen wir schon jetzt an Impulse und Stimulationsprogramme für die Zeit nach der Krise denken. Wir brauchen einen Marshallplan für die Innenstädte. Dorthin muss das Leben wieder zurückkehren. Dort muss das Leben wieder neu aufblühen. Darüber müssen wir sprechen.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Mit ganz besonderer Sorgfalt müssen wir auch entscheiden, wie es an den Schulen weitergeht. Das wurde angesprochen. Die KMK hat einen Konsens bekräftigt. Die Schulen müssen im Vergleich zu allem anderen am längsten geöffnet bleiben. Wir müssen alles tun, um den Präsenzbetrieb zu ermöglichen und zu schützen. Viele Schulen im Land sind bereits in regelmäßige Reihentests – zweimal pro Woche – eingestiegen. Damit sind sie auch nach den Osterferien zu Präsenzunterricht bereit. Das wird zusammen mit dem Deutschen Roten Kreuz flächendeckend ausgerollt.

Auch die Lehrerinnen und Lehrer in der Impfpriorität vorzuziehen war aus unserer Sicht die richtige Entscheidung. Bildung ist Kinderrecht, und gute Bildung geht nur im Klassen-

zimmer. Deshalb müssen wir mit Testen und Impfen zu einem beschützten Präsenzunterricht kommen, solange das vertretbar und möglich ist.

(Beifall)

Übrigens gilt generell TINA, also Testen, Impfen, Nachverfolgen und Abstandhalten.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wir müssen auch schauen – das wurde angesprochen –, dass qualifizierte individuelle Förder- und Nachholprogramme geboten werden, um verpassten Stoff nachzuholen, um Lernlücken zu schließen. Deshalb begrüßen wir die Bund-Länder-Beratungen zur sogenannten Nachhilfe-Milliarde. Kein Kind darf wegen der Pandemie zurückbleiben. Darum geht es uns.

(Beifall)

Gerade das Testen ist und bleibt als Brücke bis zum Durchgreifen des Impfeffekts das Mittel der Wahl. Das eben angesprochene Pilotprojekt „Öffnen mit Sicherheit“ in Tübingen mit Dr. Federle zeigt, was auch in der dritten Welle möglich ist. Das setzt Maßstäbe. Solche Testsysteme müssen wir zusammen mit den Kommunen, zusammen mit den Unternehmen überall im Land umsetzen. Inzwischen sind auch genügend Tests vorhanden. Das schafft Sicherheit und vor allem auch mehr Freiheit.

Wichtig ist auch, dass die Corona-App eine effektive Check-in-Funktion bekommt. Hier schlummern noch ungenutzte Potenziale zur Pandemiebekämpfung. Der Vorrang des Datenschutzes gilt in Deutschland aus meiner Sicht zu absolut. Hier muss eine wichtige Güterabwägung zugunsten der Gesundheit und zum Schutz von Leib und Leben vorgenommen werden.

Auch beim europäischen Impfnachweis muss es vorangehen, damit statt Prinzipienreiterei wieder Mobilität und Pragmatismus möglich werden.

Das wichtigste Mittel ist aber das Impfen. Natürlich hat der kurze Stopp von AstraZeneca einen Rückschlag bedeutet, vor allem auch psychologisch. Die EMA hat den Nutzen von AstraZeneca jetzt als vielfach höher bezeichnet als die Risiken. Der Sozialminister hat betont, man müsse akzeptieren, wenn die Wissenschaft die Nebenwirkungen nochmals prüfen will.

Jetzt geht es darum, die Impfdelle möglichst schnell auszuheilen und die ausgefallenen Termine nachzuholen. Denn die Impfstoffliefermengen wachsen jetzt – wie von Beginn an geplant – schnell. Wir werden bis Mitte April weitere knapp zwei Millionen Dosen verimpfen können. Dann kommen auch die Haus- und Betriebsärzte zunehmend ins Spiel, und dann ist hoffentlich für alle ein Impfangebot möglich. Denn der bremsende Effekt der Impfungen wird sich leider erst ab Mai in den Infektionskurven klar zeigen.

Ich werbe deshalb für Zustimmung, dass wir hier vorankommen. Wir haben heute die Kritik des Bundesvorsitzenden der FDP gehört.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die der CDU nicht zu vergessen!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

– Ja, gut. Sie haben ja den Ministerpräsidenten als den „letzten Mohikaner des Shutdowns“ bezeichnet, wenn ich mich recht erinnere.

(Zuruf: Aber nicht heute! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Als wir hier debattiert haben, haben Sie auch gemeint, die Pandemiepolitik von ihm sei naiv, chaotisch, skurril oder sogar beschämend. Das sind O-Töne.

(Zurufe)

Insoweit will ich schon sagen:

(Zuruf: Da ist die Not groß!)

– Ja. – Nach all diesen harten Attacken sind wir jetzt anscheinend Zeugen einer wundersamen Verwandlung vom obersten Spötter gegenüber Kretschmann zum fröhlichen Ampelmännchen.

(Heiterkeit – Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Reinhart, Herr Abg. Dr. Schweickert möchte eine Zwischenfrage stellen. Darf er das tun?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Ja.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Schweickert, bitte.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Herr Fraktionsvorsitzender Reinhart, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Im Entschließungsantrag wollen Sie das umsetzen, was bei der MPK beschlossen worden ist. Mich würde interessieren: Wie ist die Position der Union zu den Vorschlägen hinsichtlich der Osterruhe? Sie haben gesagt: „Wir mussten das Ganze jetzt darstellen.“ Mich würde aber interessieren: Wie sehen die Positionen der Union zu den Lieferketten, zu den Planungen aus? Der nicht ausgegorene Vorschlag kam meines Wissens doch von der Bundeskanzlerin.

(Zurufe, u. a.: Zurückziehen!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Im Grunde genommen kann ich Ihnen hier jetzt live berichten. Erstens ist es kein Geheimnis, dass gerade deswegen – wegen Ihren Fragen – soeben die Runde der Ministerpräsidenten mit dem Kanzleramt stattfindet. Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Ich höre soeben, dass die Osterruhe in der bisher vorgesehenen Form anscheinend gar nicht aufrechterhalten wird.

Zum Dritten will ich Ihnen aber sagen: Wir haben in unserem Antrag eine angemessene Umsetzung der Beschlüsse schriftlich gefordert, weil genau das noch offen ist – der Kollege Sckerl nickt, auch der Kollege Schwarz –, damit man – logischerweise innerhalb der Landesregierung – die Sache vernünftig bespricht, abwägt – immer im Lichte der Grundrechte, der Verfassung und der Güterabwägung. Darum muss es gehen.

(Beifall – Zurufe)

Herr Kollege Schweickert, ich kann heute eigentlich nur den Kollegen Schwarz zitieren. Ich erinnere mich hier an manche Debatte. Ich meine, in der „Pforzheimer Zeitung“ war die Rede von Koalitionsavancen und Brautwerbung. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an einen Satz vom Kollegen Schwarz, der gesagt hat: „Ich habe mir diese Braut angeschaut und den Schleier angehoben. Darunter waren aber doch nur die FDP und Rülke, wie wir sie kennen.“

(Heiterkeit)

Ich kann Ihnen versichern: Die Braut hat sich bisher nicht geändert.

Ich will jetzt aber zu dem Thema, um das es geht, zurückkommen.

(Zurufe)

Herr Kollege Schweickert, wir machen es uns bestimmt nicht leicht. Deshalb haben wir gestern in den Beratungen unserer Fraktion ebenfalls gefordert

(Zurufe, u. a.: Das macht man doch vorher!)

– ja, Entschuldigung –: Diese MPK-Beschlüsse müssen angemessen umgesetzt werden. Deshalb ist es gut, dass heute über die Fragen hinsichtlich des Gründonnerstags, der Kirchen etc. gesprochen wird.

(Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich glaube, es war ein hartes Jahr, ein schweres Jahr der Pandemiebekämpfung, die noch nicht zu Ende ist. Wir haben das Land bisher gemeinsam gut durch die Krise gelotet. Wir, die Regierungsfractionen, haben miteinander gute Lösungen gefunden, um Leben zu schützen, um Existenzen zu sichern, um das Land zusammenzuhalten.

Ich nenne hier die Soforthilfen für die Wirtschaft, unsere Pakete für Kommunen, Pakete für Familien, unser Programm „Zukunftsland Baden-Württemberg“. Unsere Zusammenarbeit war stark, ist stark, und sie ist tragfähig. Sie ist eine Erfolgsgeschichte für dieses Land Baden-Württemberg.

Ich stimme Ihnen, Herr Kollege Stoch, zu: Wir werden diese Pandemie meistern. Deshalb ist es wichtig, dass wir das gemeinsam unternehmen und starke Brücken bauen zwischen uns, auch in der Gesellschaft, über die Krise hinweg. Das wünscht sich die Bevölkerung. Vor allem waren und sind wir verlässlich. Wichtig ist Stabilität in der Krise. Deshalb geht es auch nach der Krise mit uns in eine gute Zukunft in diesem Land Baden-Württemberg.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, Sie haben das Wort.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da wir ja heute über nichts, was feststeht, beraten können, haben wir jetzt den Koalitionsverhandlungen gelauscht. Das war auch ganz interessant,

(Zuruf)

(Bernd Gögel)

hat aber nichts mit dem Thema der Debatte von heute Morgen zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Ich könnte unsere Position so zusammenfassen: Die AfD fordert Sie auf, Ihre unsägliche Coronapolitik sofort zu beenden.

(Beifall)

Damit wäre ich mit der Generalaussage eigentlich schon am Ende.

Sie sprechen seit Monaten, seit über einem Jahr von Impfungen, von Schnelltests, von Selbsttests. Sie sprechen von vielen Dingen, die Sie überhaupt nicht zur Verfügung haben. Sie haben eine Mangelwirtschaft zu verwalten, ähnlich wie das in sozialistischen Staaten, wie das in Ostdeutschland vor dem Mauerfall der Fall war. Dort kann man sich noch sehr gut an Mangelwirtschaft erinnern. Dort haben sich damals Schlangen vor Läden gebildet, ohne dass man wusste, was man in diesen Läden tatsächlich bekommt. Bekommt man einen Schnelltest, einen Selbsttest oder einen Impfstoff? Völlig egal! Das verwalten Sie.

Heute Morgen hören wir: „Da muss man“, „Da soll man“, „Man könnte“. Das erinnert mich an mein Leben im Schwarzwald. Im Schwäbischen hat man immer gesagt – etwa im Sportverein –: „Da mua ma mal.“ Aber den „ma“ hat man erst mal finden müssen. Das war nämlich der, der tatsächlich ausführen sollte. Den hat man sehr schlecht gefunden.

(Zuruf: Ist das Ihre Abschiedsrede?)

Das war der, der zum Schluss die Verantwortung getragen hat.

(Zuruf)

Heutzutage finden wir allerdings in unserem Land niemanden, der die Verantwortung für dieses Versagen bei der Beschaffung von lebenswichtigen Materialien tragen möchte.

Das versuchen Sie jetzt mit Ihren neuesten Beschlüssen zu kaschieren, die aktuell, zu dieser Stunde, noch einmal überarbeitet werden. Da treffen sich die Ministerpräsidenten per Videoschleife mit der Kanzlerin. Und was erreichen sie? Sie erreichen das, was die Bevölkerung eigentlich schon erwartet: weitere Verschärfungen, Verlängerungen der Maßnahmen, das weitere Aussetzen wichtiger Grundrechte der Bürger in unserem Land.

(Beifall)

Doch Sie haben noch eines draufgesetzt. Nachdem die Christen in diesem Land – die bilden Gott sei Dank noch die Mehrheit in unserem Land – schon Weihnachten geopfert haben, sollen sie nun zum zweiten Mal auf das Osterfest verzichten. Ich weiß nicht, ob sich die Landesregierung und die Bundesregierung darüber im Klaren sind, dass Onlinegottesdienste die heilige Kommunion oder das Abendmahl in keiner Weise ersetzen können. Ich weiß nicht, ob Sie sich darüber im Klaren sind, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Für uns ist es deshalb auch nicht nachvollziehbar, Herr Reinhart, warum ausgerechnet die Christlich Demokratische Uni-

on solchen Vorschlägen nicht nur zustimmt, sondern sie höchstwahrscheinlich durch Ihre Kanzlerin auch noch hervor gebracht hat.

(Zuruf)

Vom 1. bis zum 5. April soll das öffentliche Leben weitgehend lahmgelegt werden. Der Gründonnerstag – das war der neueste Rohrkrepierer – sollte als Ruhetag gelten. Ich war schon gestern Abend davon überzeugt, dass das so nicht stehen bleibt. Das muss man sich einmal vorstellen: Weil Sie einen Feiertag mit Ihrem Gesetz gar nicht umsetzen können, haben Sie ein neues Wort kreiert: Ruhetag.

(Zuruf: Ja!)

Wie wollen Sie das der Wirtschaft eigentlich klarmachen? Der Automobilindustrie, den Zulieferern und allen anderen in Baden-Württemberg müssen Sie klarmachen, dass am Gründonnerstag nicht gearbeitet wird. Damit wollen Sie für einen zusätzlichen Tag ein Berufsverbot erteilen. Das wird so nicht stehen bleiben. Ich bin davon überzeugt, dass wir heute nach 13 Uhr ein ganz anderes Ergebnis zu erwarten haben.

Den Ministerpräsidenten hätte ich gefragt – ich frage jetzt den stellvertretenden Ministerpräsidenten –: Wer hätte denn die Kosten für diesen Ruhetag getragen?

(Zuruf: Ja!)

Etwa die Arbeitnehmer dadurch, dass sie einen zusätzlichen Urlaubstag hätten nehmen sollen? Oder die Unternehmer, die durch Ihre Maßnahmen in der Pandemie ohnehin ein Jahr lang sehr bestraft waren?

(Zuruf)

Auf die Antworten sind wir gespannt. Aber die Antworten werden wohl nicht kommen.

(Zuruf)

Vielmehr wird dieser Rohrkrepierer gestrichen; davon bin ich hundertprozentig überzeugt.

(Vereinzelt Beifall)

Es könnte auch sein, dass dies ein vorgezogener Aprilscherz war. Das könnte auch möglich sein.

(Heiterkeit – Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen heute einen Entschließungsantrag zur Abstimmung vorgelegt. Mit diesem Antrag bitten wir Sie um den Verzicht auf Maßnahmen, die sich absolut negativ auf die psychische und körperliche Entwicklung der Kinder auswirken.

(Beifall)

Insbesondere bitten wir um bedingungslose Ausnahmeregelungen für den Betrieb der öffentlichen und privaten Sportanlagen, Sportstätten und Bäder gemäß § 13 der Corona-Verordnung, um für Kinder- und Jugendsport zu sorgen. Besinnen Sie sich, liebe Kollegen und Kolleginnen, zum Wohl der Kinder,

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

und stimmen Sie diesem Antrag zu.

(Bernd Gögel)

Übrigens, meine Damen und Herren, wird ja bereits in den Beschlüssen zu den Osterfeiertagen bestätigt, dass Kinder unter 14 Jahren nicht zu den Hotspots des Infektionsgeschehens gehören, da sie bei den Familienzusammenkünften zu Ostern nicht mitgerechnet werden. Da widersprechen Sie sich in Ihren Annahmen ja selbst.

(Zuruf: Mal wieder!)

Ein weiterer Punkt Ihrer planlosen Coronamaßnahmen, den wir stark zu kritisieren haben, sind die neuen Lockerungen für internationale Urlaubsreisen. So darf man beispielsweise in das beliebte „17. Bundesland“ der Deutschen, nach Mallorca, in Urlaub fliegen. Wir – und mit uns Millionen von Bürgern – fragen uns zu Recht: Warum darf man nicht am Bodensee Urlaub machen? Das ist doch eine ganz berechnete Frage.

(Beifall)

Eine Logik ist dahinter nicht zu erkennen.

Der Herr Ministerpräsident hat in der gestrigen Pressekonferenz erklärt, ihm gefalle diese Situation nicht, aber er könne diese Flüge ja nicht außer Kraft setzen. Nein, meine Damen und Herren, wir verlangen nicht, dass er Flüge außer Kraft setzt. Wir verlangen nur, dass die Bürger in unserem Land das Recht haben, im eigenen Land Urlaub zu verbringen. Das verlangen wir von Ihnen.

(Beifall)

Zum Dauerthema Impfungen. Wir haben heute etwas von „Tempo bei den Impfungen“ gehört. Ich weiß nicht, wo bei Ihnen Tempo anfängt. Einer Schnecke, die anfängt, sich zu bewegen, würde ich noch kein Tempo zusprechen.

(Heiterkeit – Beifall)

Sie haben bis heute, also innerhalb von drei Monaten, gerade einmal eine Million der impfwilligen Einwohner von Baden-Württemberg tatsächlich geimpft.

Ihre Kommunikationsstrategie ist nach wie vor eine Katastrophe und bringt uns keinen Millimeter vorwärts. Mit Ihrer Strategie fahren Sie seit einem Jahr rückwärts, drehen sich im Kreis und versuchen, eine Ausfahrt zu nehmen, landen aber immer wieder in der Sackgasse, meine Damen und Herren. Das totale Versagen der Regierungen von Brüssel, Berlin und Stuttgart wird immer deutlicher, und immer mehr Menschen im Land erkennen, dass sie es hier mit zweit- und drittklassigen Politikern zu tun haben, die das erstklassige Ersparte der Bürger hier verbrennen.

(Beifall)

Vor Kurzem gab es grünes Licht für AstraZeneca. Doch dann: große Verwirrung, große Befürchtungen um die Nebenwirkungen dieses Impfstoffs. Das Ergebnis: Absagen aller Impftermine, kurzzeitiger Stopp der Impfungen und große Verunsicherung unter den Bürgern. Einige Tage später die Entwarnung aus Brüssel und das Wiederanfahren der Impfungen.

Meine Damen und Herren, nach diesem Impfchaos erhielt der hoch umstrittene Impfstoff in Baden-Württemberg wieder grünes Licht. Ich frage Sie: Was für ein verantwortungsloses

Spiel mit der Gesundheit der Bürger spielen Sie hier? Es könnte so einfach sein, wenn Ihre Kommunikationsstrategie in dieser Krise auch nur einmal funktionieren würde.

Wir, die AfD-Fraktion, fordern Sie auf: Verlassen Sie endlich den Weg der Mangelwirtschaft, und sorgen Sie für ausreichend Impfstoff!

(Vereinzelt Beifall)

Die EU-Sanktionen gegen Russland, die im Februar dieses Jahres erneut verhängt wurden, dürfen, wenn es um die Gesundheit der Bürger in unserem Land geht, keine Rolle spielen. In einer solchen Gesundheitskrise, in der es um Leben und Tod der Bürger geht, muss bei der Beschaffung von Impfstoffen die Sanktionspolitik gegenüber allen anderen Interessen ausgeblendet werden. In der Pandemiezeit gibt es keinen Sanktionismus, sondern geht es um Daseinsvorsorge für die Bürger; diese fehlt uns in unserem Land.

Ein Beleg: Vor einigen Tagen äußerte sich der EU-Kommissar für Binnenmarkt Thierry Breton wie folgt – ich zitiere –: „Die EU sieht absolut keinen Bedarf für den russischen Impfstoff Sputnik.“ Das muss man sich einmal vorstellen: „Die EU sieht keinen Bedarf für einen weiteren Impfstoff.“ Zwar ist der Impfstoff von der EU-Arzneimittelbehörde EMA noch nicht zugelassen – wir wissen nach den jetzigen Aussagen auch, warum –, aber andere EU-Länder nutzen ihn auf der Basis von nationalem Vorgehen. Ungarn, die Slowakei, Tschechien, Italien impfen damit ihre Bevölkerung bzw. werden es bald tun.

Ich frage deshalb Herrn Lucha: Warum verimpft Baden-Württemberg diesen Impfstoff noch nicht? Wegen der EU-Sanktionen?

(Zurufe, u. a.: Weil es ihn nicht gibt! – Er hat von nichts eine Ahnung!)

Das ist doch absurd, meine Damen und Herren. Wenn Sie in Baden-Württemberg alle derzeit zur Verfügung stehenden Impfstoffe einsetzen würden, könnten Sie über das gesamte zur Verfügung stehende medizinische Personal, Haus-, Betriebs-, Fach- und Militärärzte, Krankenpfleger, in kürzester Zeit alle impfwilligen Baden-Württemberger – ich betone: alle impfwilligen – mit Impfstoff versorgen.

(Zurufe)

Ich komme zur Strategie des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer; er wird ja schon als der Coronamanager der Republik bezeichnet.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Tübingen hat einen Modellversuch – sozusagen das Konzept „Öffnen mit Sicherheit“ – gestartet, um Alternativen zum Lockdown zu erproben. An mehreren Orten der Stadt können sich die Tübinger derzeit kostenlos testen lassen, und ein negatives Ergebnis ist dann die Eintrittskarte für Läden, Restaurants, Friseursalons, Theater und Kinos.

Meine Damen und Herren, wir sehen auch dieses Konzept mehr als kritisch. Denn es ist ja nichts anderes als der Weg,



(Bernd Gögel)

den wir schon immer kritisiert haben, die Diskussion: Bekommen Geimpfte Sonderrechte oder nicht? Und jetzt läuft hier ein Versuch, bei dem Getestete im Gegensatz zu anderen Bürgern Sonderrechte bekommen.

(Zuruf)

Dieses Konzept muss man aus diesem Grund mehr als kritisch betrachten. Das einzig Positive an dieser Strategie im Unterschied zu Ihrer „Rein-raus-Politik“ ist die Tatsache, dass der Einzelhandel und die Gastronomie in der Stadt eine Zukunft und eine Öffnungsperspektive haben und die sofortige Verödung der Innenstädte somit tatsächlich eingebremst wird. Das ist aber auch der einzige Vorteil dieser Strategie.

Wir bleiben bei unserer Forderung – das ist die einzige Strategie, die tatsächlich erfolgreich sein wird –: Selbstbestimmung vor Fremdbestimmung. Sie und wir werden dieses Virus nicht besiegen. Es bleibt dauerhaft in dieser Welt. Wir müssen lernen, damit zu leben und umzugehen.

(Beifall)

Ich zitiere den englischen Premierminister Johnson, der hier im Haus nicht so viele Freunde hat. Er sagte am 22. Februar:

*Deshalb gibt es keinen glaubwürdigen Weg zu „Zero Covid“ in Großbritannien oder gar zu „Zero Covid“ in der Welt. Wir können nicht unbegrenzt mit Einschränkungen weitermachen, die unsere Wirtschaft schwächen, die unser physisches und psychisches Wohlbefinden beeinträchtigen und die die Lebenschancen unserer Kinder verringern.*

Das müssen Sie sich merken, meine Damen und Herren: „die Lebenschancen unserer Kinder verringern“.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es!)

Die finanziellen, wirtschaftlichen Schäden, die Sie in diesem Land verursachen, übersteigen aktuell schon die Kosten der Wiedervereinigung. Das muss man sich als Größenordnung einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wir sind schon über dem Wert, den die Wiedervereinigung gekostet hat. Generationen werden an dieser Verschuldung noch leiden und zurückbezahlen müssen. Und Sie tun so, als sei dieses Geld auf Ihrem Konto, als hätten Sie oder die Vorgängergenerationen dieses Geld angespart. Nein, Sie leben auf Kosten zukünftiger Generationen. Das wollen wir in keinem Fall dulden.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Gögel, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Und das werden wir den Menschen im Land – ich komme zum Schluss – auch täglich mitteilen.

Zum Abschluss: Meine Damen und Herren, denken Sie daran: Ihre Medizin ist für die Bevölkerung in unserem Land weitaus schädlicher als das Virus selbst.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Rülke, Sie können gleich stehen bleiben.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, in einer im Grunde historischen Debatte im Landtag von Baden-Württemberg das Wort ergreifen zu dürfen. Denn ich habe die einmalige Gelegenheit, zu einem Thema zu reden,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Von dem man keine Ahnung hat!)

von dem niemand im Haus heute weiß, worum es geht. Denn die Entscheidung, die der Ministerpräsident am heutigen Morgen hier begründet hat, ist von der Bundeskanzlerin offensichtlich wieder eingesammelt worden. Die Bundeskanzlerin teilt jetzt den Ministerpräsidenten mit, wie ihre eigentliche Meinung ist.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Und anschließend kommt der Ministerpräsident und erklärt uns dies. Insofern ist das natürlich eine herausfordernde Situation.

Ich sehe jetzt den Kollegen Reinhart nicht mehr, der da am heutigen Morgen spekuliert hat. Ich gehe einmal davon aus: Sein neuer Parteivorsitzender, Herr Laschet, hat die Umfragewerte angeschaut, hat verglichen, wie sich die Umfragewerte für die CDU in letzter Zeit entwickelt haben, und kam dann zu dem Ergebnis: So geht es nicht weiter.

(Zuruf)

Deshalb haben wir jetzt wohl eine neue Situation. Wir sind sehr gespannt, wie es weitergeht. Aber ich tue jetzt einmal so, als ob ich wüsste,

(Vereinzelte Heiterkeit)

was am heutigen Tag herauskommt. Ich bitte allerdings um Nachsicht, wenn ich mich täuschen sollte. Ich bin dann gern bereit, mich in einer zweiten Runde gegebenenfalls zu korrigieren, falls sich Berlin bis dahin korrigiert hat.

(Beifall)

Ernsthaft gesprochen haben wir natürlich Verständnis dafür, dass die Situation schwierig ist, dass das Land durch die steigende Zahl der Infektionen in eine Lage kommt, in der Politik reagieren muss. Politik sollte allerdings berechenbar reagieren und vielleicht auch vor den Beschlüssen nachdenken – und nicht anschließend.

(Beifall)

Wir haben bei der vorvergangenen Landtagssitzung in einem Entschließungsantrag einen Stufenplan vorgelegt. Auch dieser Stufenplan sieht Verschärfungen vor. Deshalb sage ich ausdrücklich: Wir verweigern uns Verschärfungen nicht grundsätzlich. Wir sind nicht grundsätzlich der Meinung, dass Lockerungen, wenn sie einmal erfolgt sind, nicht mehr zurückgenommen werden dürfen, nicht mehr zurückgenommen werden können. Allerdings fixieren wir uns – anders als die Ministerpräsidentenkonferenz – nicht im Wesentlichen ausschließlich auf Inzidenzen. Das ist, glaube ich, das Hauptproblem bei dem, was da in Berlin diskutiert wird.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Positiv bei den Beschlüssen – ich sage das unter dem Vorbehalt, dass es so bleibt – ist das Setzen auf Tests. Es ist absolut richtig, auf Tests zu setzen und eine Teststrategie auszuweiten. Wir glauben auch, dass es Sinn macht, die Wirtschaft dazu aufzurufen, Homeoffice, wo immer es möglich ist, umzusetzen. Allerdings muss man mit der Wirtschaft darüber reden, dass das natürlich zu einem Mehr an Bürokratie und zu einem Mehr an Kosten führt. Das ist am heutigen Morgen offengeblieben. Im Gegenteil, es wurde noch eine Testpflicht für die Wirtschaft in den Raum gestellt, was natürlich mit weiterer Bürokratie und weiteren Kosten verbunden wäre. Da würden wir uns schon wünschen, dass dann darüber diskutiert wird: Was bedeutet das für die Wirtschaft, und ist das Ganze durch- und umsetzbar?

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ganz sicher nicht.

(Vereinzel Heiterkeit – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Danke!)

Es ist auch nicht darüber nachgedacht worden, was das Ganze für die Lieferketten bedeutet, wenn es jetzt zu diesem Oster-Lockdown kommen sollte – oder vielleicht doch nicht oder vielleicht am Ende doch wieder. Das wissen wir im Moment nicht genau. Aber es ist völlig klar, dass das Ganze Konsequenzen hat, offensichtlich Konsequenzen, die in Berlin manchen jetzt so langsam dämmern.

Herr Kollege Schwarz, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht: Die Überbrückungshilfe III ist notwendig. Es ist zwingend notwendig, dass da jetzt allmählich etwas passiert, dass insbesondere auch im Sinne der baden-württembergischen Wirtschaft allmählich etwas umgesetzt wird.

Positiv ist auch die Weiterentwicklung der Corona-Warn-App.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Frau Präsident, Ihr Mundschutz!)

Die bisherige Warn-App war ein Flop; das muss man in dieser Deutlichkeit sagen. Wir brauchen eine andere, eine weiterentwickelte App. Die Berliner Beschlüsse gehen an dieser Stelle in die richtige Richtung.

Jetzt wird es schwierig, über die Osterruhe zu reden. Ich habe heute Morgen bei dpa schon gelesen – ich habe es schon angedeutet –, dass der neue CDU-Parteivorsitzende erklärt hat: „Wir können so nicht weitermachen.“ Die Menschen sind enttäuscht. Sie sind von diesen Beschlüssen offensichtlich enttäuscht, und die CDU ist enttäuscht von der Entwicklung der Umfragewerte. Deshalb wird das, was in Berlin beschlossen wurde, nach 24 Stunden offenbar wieder eingesammelt. Insofern vielleicht auch ein erfreulicher Tag für den Landtag von Baden-Württemberg; denn das ist jetzt ein Beschluss, der noch schneller wieder eingesammelt wurde als der Beschluss zur Altersversorgung, der im Landtag von Baden-Württemberg einmal getroffen wurde.

(Beifall – Abg. Rüdiger Klos AfD: Damals kam Ihr Widerstand aber sehr spät!)

Hätten wir selbst andere Strategien? Sie haben dem Kollegen Stoch vorhin vorgeworfen, er zeige keine Alternativen auf.

Wir haben schon seit Monaten deutlich gemacht, dass unser Schwerpunkt auf der Protektion, auf dem Schutz von vulnerablen Gruppen liegt. Wir sind jetzt ein deutliches Stück weiter bei der Durchimpfung der über 80-Jährigen, bei der Durchimpfung von Menschen mit besonderen gesundheitlichen Problemen, bei der Durchimpfung von Menschen aus sensiblen Berufsgruppen. Wenn man den Ankündigungen glauben darf, was an Impfmengen jetzt Ende März und im April ins Land kommt, dann, glaube ich, ist es durchaus notwendig, über eine Veränderung der Strategie nachzudenken und eben nicht zu sagen: „Wir hangeln uns von Lockdown zu Lockdown.“ Vielmehr kann man angesichts steigender Imp fzahlen, angesichts steigender Testkapazitäten das gesellschaftliche Leben nun kontrolliert öffnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, glauben wir nicht, dass eine Notbremse notwendig ist. Wir glauben auch nicht, dass Ausgangssperren notwendig sind. Wir glauben auch nicht, dass es Sinn macht, einen Flickenteppich von Regelungen im Land zu schaffen nach dem Motto: In bestimmten Landkreisen gibt es Ausgangssperren und werden die Geschäfte geöffnet, in anderen wieder nicht. Da besteht die Gefahr eines Tourismus.

Herr Strobl, wollten Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Vereinzel Heiterkeit)

– Gern.

(Vereinzel Beifall)

Sie dürfen ja nicht, Entschuldigung.

(Zurufe, u. a.: Er ist kein Abgeordneter! – Gegenruf: Stimmt!)

Jetzt wollte ich zum Oster-Lockdown kommen, Herr Ministerpräsident. Aber ich habe der dpa-Lage entnommen: Es gibt keinen Oster-Lockdown. Insofern, da ich wahrgenommen habe, dass Sie jetzt wieder erschienen sind, mache ich einfach den Vorschlag, an dieser Stelle meine Rede zu beenden

(Vereinzel Beifall)

und mich von Ihnen darüber informieren zu lassen – –

(Zurufe, u. a. des Ministers Thomas Strobl)

– Herr Strobl, Zwischenrufe von Ihnen sind leider auch nicht möglich, leider auch nicht im nächsten Parlament, da Sie ja den Einzug verfehlt haben.

(Zuruf: So arrogant!)

Deshalb geht das leider nicht; es tut mir leid.

(Vereinzel Heiterkeit und Beifall – Zuruf)

Herr Ministerpräsident, deshalb das Angebot an dieser Stelle, meine Rede zu beenden, mir anzuhören, was Sie zu berichten haben, und dann darauf zu antworten.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Sie erlauben aber schon, Herr Abg. Dr. Rülke, dass ich weiter in der Rednerreihenfolge voranschreite und das Wort von hier aus erteile. – Nun ist als Nächster Herr Abg. Pfeiffer dran.

**Abg. Harald Pfeiffer** (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

*Wir leben seit einem Jahr in der Pandemie, doch Sie haben anscheinend nicht viel dazugelernt. Wir haben mit Medikamenten, Schnelltests und Impfungen wirksame Werkzeuge gegen Corona in der Hand – und Sie haben auf der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz erneut Beschlüsse gefasst, die bei einem überwiegenden Teil der Bevölkerung für Kopfschütteln sorgen. Ihr Beschluss ist eine Kapitulationserklärung.*

*Wenn Ihnen nach einem Jahr Corona nichts anderes einfällt, als stumpf den Lockdown zu verlängern, über die Ostertage sogar zu verschärfen, dann ist das für die Menschen in diesem Land – ich muss es in dieser Deutlichkeit aussprechen – Politikversagen.*

So kommentiert der Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Albert Weiler die Beschlüsse des Coronagipfels. Ich gebe Albert Weiler recht. Er trifft damit die Stimmung der Bevölkerung voll und ganz. Ich kann nur nochmals betonen: Wir haben mit Medikamenten, Schnelltests und Impfungen wirksame Werkzeuge gegen Corona in der Hand.

(Zuruf)

Ich bitte Sie inständig: Versetzen Sie sich doch einmal in die ganz normalen Menschen hinein. Um Ihnen eine Hilfestellung zu geben, möchte ich Ihnen einmal vor Augen führen, wie Ihre Politik und Ihre Kommunikation bei sehr vielen Bürgern ankommen.

Man sagte uns, Kliniken müssten geschlossen werden. Man sagte uns: Für übertriebene Sorge wegen des Coronavirus gibt es keinen Grund. Man sagte uns: Wir haben das Virus von Anfang an sehr ernst genommen. Man sagte uns: Es sind Fake News, dass die Bundesregierung massive Einschränkungen des öffentlichen Lebens beschließt.

Man sagte uns: Masken bringen nichts. Man sagte uns: Wer ohne Maske erwischt wird, wird bestraft.

Man sagte uns: Grenzen kann man nicht schließen. Man sagte uns: Die Grenzen werden geschlossen.

Man sagte uns: Wir müssen auf den R-Wert schauen. Man sagte uns: Wir müssen auf die Inzidenzen schauen.

Man sagte uns: Die Zahl der Intensivbetten wird nicht ausreichen. Man sagte uns: Wir brauchen einen Wellenbrecher. Man sagte uns: Die Maßnahmen werden bis Ende November befristet.

Man sagte uns: Die Novemberhilfen werden pünktlich ausbezahlt. Man sagte uns: Unser Verhalten entscheidet, wie es weitergeht. Man sagte uns: Fehler passieren.

Man sagte uns, dass Bürger von nun an für Coronaverstöße hart bestraft werden. Man sagte uns: Wir sollen Coronaverstöße unserer Nachbarn und Mitbürger melden.

Man sagte uns brutal ehrlich: Friseursalons, Läden, Altenheime hätte man nicht schließen müssen. Man sagte uns: Das wird nicht noch einmal passieren. Man sagte uns: Wir hatten noch gar keinen richtigen Lockdown.

Man sagte uns: Mit der Impfung kehrt das normale Leben zurück. Man sagte uns: Jetzt wird durchgeimpft, und dann ist gut.

Man sagte uns: Die Alten sind das Problem. Man sagte uns: Die Jungen sind das Problem.

Man sagte uns: Wir müssen uns an eine neue Normalität gewöhnen. Man sagte uns: Nichts wird mehr sein wie vorher.

(Unruhe)

Man sagte uns: Wir schaffen das. Man sagte uns: Wir schaffen das nicht. Man sagte uns: Die meisten werden danach ärmer sein. Man sagte uns: Für den Lebensschutz müssen wir Opfer bringen. Man sagte uns: Egal, was es kostet.

Ich sage Ihnen: Hunderttausend Kinder werden jedes Jahr im Mutterleib getötet.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster hat Herr Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Schon wieder werden die Quäl- und Folterinstrumente für die Bürger ausgepackt und verschärft. Weiter will man sogar die Schwächsten in unserem Land unter die Knute, unter das Folterjoch einer herbeigeredeten Pandemie zwingen.

(Zuruf: Die Foltermaske!)

Es gibt einen amerikanischen Bundesstaat, der South Dakota heißt. Dort gab es noch nie eine „Maskerade“, es gab noch nie Abstandsregelungen, es gab nichts. Und in South Dakota leben die Menschen heute noch. Die behauptete, herbeigeredete Überlastung der Intensivstationen fand schlicht und ergreifend nicht statt. Fauci sprach von 10 000 Intensivbetten, am Ende waren es 600.

Man schwadroniert von Tests. Sogar ein Herr Rülke, der Pseudo-, Scheinliberale, spricht davon, dass Tests die Lösung seien. Tests, die gar nicht testen, was sie testen sollen, können niemals die Lösung sein. Würde man nur näherungsweise die Verlautbarungen der WHO ernst nehmen, müsste man das ganze Testszenario von heute auf morgen einstampfen und beenden.

Man redet von Ruhetagen und meint damit Freiheitsberaubung. Man spricht von Quarantäne – das ist vielleicht eine Sonderform des Kuraufenthalts. Wie man hier mit Kindern umgeht, sie in der Grundschule jetzt zum Tragen von Masken zwingt, ist schierer Sadismus, ist an Bösartigkeit kaum zu überbieten. Das hat schon dämonisch-teuflische Züge.

(Vereinzelt Beifall)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Menschen, Kinder ihres Antlitzes zu berauben und ihnen dann auch noch den Atem zu nehmen: Schämen Sie sich nicht? Nein, Sie schämen sich nicht, weil das zu Ihrem Portfolio gehört. Wer in der Jugend mit Pol Pot sympathisierte und mit einem Regime, das peinlich genau aufschrieb und dokumentierte, wie man Menschen gequält und zu Tode gebracht hat, ein solcher Mensch hat keine Skrupel, das auch mit seinem eigenen Volk zu machen.

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich!)

Dann spricht man von Impfungen. Ist Ihnen Folgendes bekannt? Die gemeldeten Todeszahlen vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2020 lagen insgesamt in 1 002 Wochen bei 206. In den neun Wochen seit Beginn der Impfkampagne gibt es 330 gemeldete Todesfälle. Und das sind bei Weitem nicht alle. Wenn Sie sich mal etwas umhören, werden Sie unglaublich viel mehr hören.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Es wird höchste Zeit, dass die Bürger aufstehen. – Lachen Sie nicht so dämlich! Das ist todernst.

(Zurufe, u. a.: Jetzt reicht es aber! – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie können einem Abgeordneten nicht zurufen: „Lachen Sie nicht so dämlich!“

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Halten Sie die Zeit an.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nein, Sie halten jetzt Ihre Rede an, weil die Redezeit um ist.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Nein, ich bin noch nicht fertig.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich akzeptiere nicht, dass Sie einem Abgeordneten sagen: „Lachen Sie nicht so dämlich!“

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sie haben mich unterbrochen. Es geht hier um Leben und Tod.

(Zuruf: Es reicht!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das ist ein Ordnungsruf, und Sie halten jetzt Ihre Rede an.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Es geht hier um Leben und Tod.

(Zurufe, u. a.: Klappe halten!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ja, es geht um Leben und Tod. Es geht hier um unsere Nerven.

(Unruhe)

Die Redezeit ist beendet.

Sie haben einen Ordnungsruf für diese Beleidigung des Herrn Abg. Mack erhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Als Nächster hat nun noch Herr Abg. Räßple das Wort. – Sie können nachher auch noch reden, Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Zurufe, u. a.: Mensch, Sie hier? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Monatelang nur Geld kassiert und nichts gearbeitet hier im Parlament! – Gegenruf: Kurzarbeit! – Anhaltende Unruhe)

**Abg. Stefan Räßple** (fraktionslos): Frau Präsidentin, verehrter Herr Dr. Fiechtner, werter Herr Dr. Gedeon, werte Frau Dr. Baum, lieber Rüdiger Klos und lieber Udo Stein! Die Sonstigen möchte ich nicht ansprechen, weil ich von Ihnen schwer enttäuscht bin. Sie halten sich nicht mehr an unser Grundgesetz. Ich habe es hier dabei.

(Lachen – Oh-Rufe)

Sie sind grundgesetzfeindliche Agitatoren,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Vorsicht bei der Wortwahl! – Weitere Zurufe, u. a.: Schon mal in den Spiegel geguckt?)

die in diesem Parlament sitzen, Geld kassieren

(Lachen – Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Auf Sie haben wir gerade gewartet!)

und die Bürger ohne Sinn und Verstand hinters Licht führen, betrügen und die Grundrechte abschaffen.

(Zurufe)

Sie haben den Ernst der Lage nicht verstanden. Sie lachen hier, Sie verhalten sich kindisch, dämlich, infantil.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Es ist einfach nur noch entsetzlich, wie Sie hier mit den Menschen umgehen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Räßple, ich habe doch eben gerade gesagt, dass man Abgeordnete nicht so benennt. Würden Sie das jetzt auch einstellen? Sie bekommen auch einen Ordnungsruf.

(Zurufe)

Sie können Abgeordneten nicht das Wort „dämlich“ vorwerfen.

**Abg. Stefan Räßple** (fraktionslos): Ich spreche hier über die Abschaffung von Grundrechten, und es sind namentlich die Grundrechte in Artikel 1, die Menschenwürde, die durch das gesetzlich vorgeschriebene Tragen von einem „Kaffeefilter“ im Gesicht – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Der Räßple war länger nicht da! Der kennt die Regeln nicht mehr!)



(Stefan Räßle)

Das ist doch unwürdig. Die Kinder laufen herum wie kleine Schweine auf dem Weg zur Schlachtbank.

(Unruhe)

So sehen sie von der Seite mit diesem „Maullappengesicht“ aus. Das ist doch unfassbar. Denken Sie in einer ruhigen Minute doch mal darüber nach, was Sie hier der Gesellschaft antun.

Artikel 2: Die Freiheit der Person wird eingeschränkt, die körperliche Unversehrtheit durch eine Impfpflicht durch die Hintertür.

Artikel 5: Die Zensur hat durch Maas' Zensurgesetz Einzug gehalten.

(Zuruf)

Artikel 8: Die Versammlungsfreiheit wird eingeschränkt, teilweise komplett verboten.

(Zuruf: So ein Quatsch!)

Artikel 13: Die Unverletzlichkeit der Wohnung existiert nicht mehr. Es gibt massenweise Hausdurchsuchungen – nicht nur bei AfD-Politikern, jetzt auch bei ganz normalen Leuten, die von ihren Nachbarn denunziert werden.

(Zuruf)

Artikel 16 a wurde schon vor Langem – 2015 – ausgehebelt

(Zuruf)

und Artikel 20 sowieso. Wir haben keine Volksabstimmung in Deutschland. Das Einzige, was der Bürger machen kann, ist, Menschen wie Sie zu wählen, die sich ihrer Verantwortung nicht bewusst sind und auf ihren Wahlplakaten Versprechungen machen, die sie im Leben nicht halten können, wie z. B. Sie, Herr Binder, oder Ihr Parteikollege, Herr Born.

(Zuruf: Wo waren Sie denn die letzten Wochen?)

Was hat er auf sein Wahlplakat geschrieben? „Würdevolle Pflege“.

Und Herr Lauterbach fordert, dass Menschen in den Altersheimen in Einsamkeit sterben. Das ist eine Unverschämtheit!

(Vereinzelt Beifall)

Sie behandeln die schwächsten Menschen in der Gesellschaft – die Kinder und die Senioren – wie Dreck. Und ich verachte Sie deshalb, weil Sie das tun.

(Zuruf)

Ich fordere Sie in meinem letzten – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Abg. Räßle.

**Abg. Stefan Räßle** (fraktionslos): Das ist meine letzte Rede im Parlament.

(Vereinzelt Beifall)

Ich fordere Sie auf, diese Coronamaßnahmen ...

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ja, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Abg. Stefan Räßle** (fraktionslos): ... zu beenden ...

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Abg. Räßle.

**Abg. Stefan Räßle** (fraktionslos): ... und wieder einen demokratischen Rechtsstaat aufzubauen. Denn ohne Freiheit ist alles nichts.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster noch Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Zurufe, u. a.: Das ist ein Triumvirat! – Unruhe)

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Ganze basiert auf Betrug. Je mehr Tests, desto höher die Inzidenz – das ist ein ganz einfacher Sachverhalt.

(Zuruf: Es stimmt halt nicht!)

Niemand wagt das auch nur zu attackieren, die Basis für diese ganzen Maßnahmen.

(Zuruf: Schreiben Sie doch ein Buch!)

Zweitens: Je mehr Impfungen, desto mehr Mutationen. Das ist bekannt. Je mehr Sie impfen, desto mehr Mutanten werden Sie erzeugen. Also haben wir ständig einen Grund, neue Mutanten als Grund für neue Maßnahmen anzugeben. Ein Endloslockdown, das ist Ihre Politik.

(Abg. Sascha Binder SPD: Und jetzt? Wie geht es weiter?)

Meine Damen und Herren, das Schlimmste ist die Moral der Coronagläubigen. Das ist keine Moral, sondern eine Unmoral, eine teuflische Moral.

(Zuruf)

Man erwartet von den anderen, dass sie, um das eigene Sicherheitsgefühl zu fördern, Maßnahmen gegen die eigene Gesundheit in Kauf nehmen, die sogar tödliche Gefahren implizieren. Meine Damen und Herren, das ist der Rückfall in die Zeit der Menschenopfer.

Wir haben 20- bis 50-Jährige – ja, schütteln Sie nur den Kopf –, die jetzt von den ersten bekannten Impfschäden betroffen sind, Thrombosefälle bei Frauen zwischen 20 und 50 Jahren, die eine ganz geringe Wahrscheinlichkeit hatten, überhaupt an Corona zu erkranken, und die eine Wahrscheinlichkeit von null hatten, dann an Corona zu sterben. Diese Menschen setzen Sie dem Risiko einer tödlichen Impfung aus – das ist ungeheuerlich –, damit einige Leute vielleicht – das können Sie aber gar nicht beweisen; das ist nur ein Glaube, den Sie da haben – ein paar Jahre älter werden.

Sie machen das, was die Azteken praktisch auch gemacht haben. Die haben nämlich Tausende von Kindern blutig geop-

(Dr. Wolfgang Gedeon)

fert, damit die Sonne wieder aufgeht, der Sonnengott gnädig gestimmt wird.

(Zuruf)

Sie opfern also bewusst gesunde Menschen, damit irgendwelche anderen hier ein größeres Sicherheitsgefühl haben.

(Zurufe – Gegenruf des Abg. Stefan Räßle [fraktionslos]: Jetzt wachen Sie doch mal auf! Er hat vollkommen recht!)

Das ist das Wesen dieser ganzen Impfpflicht

(Vereinzelt Lachen)

und der Moral, die daran hängt, meine Damen und Herren.

In unserer Kultur ist mit Abraham die Zeit der Menschenopfer beendet worden.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf)

Er hat seinen Sohn nicht – – Das ist ja eine bekannte Geschichte. Ich hoffe, Sie kennen sie noch.

(Zuruf: Nein, die nicht!)

Jeder, meine Damen und Herren, kann und darf sich schützen. Jeder kann eine Maske tragen; niemand hindert ihn. Die Ärzte müssen im Krankenhaus auch Masken tragen, um sich zu schützen. Also soll er sich schützen. Das ist ein freiwilliges Prinzip. Aber er kann nicht von anderen verlangen, dass sie alles machen, um ihn zu schützen. Darum geht es doch.

Jeder kann sich impfen lassen, der davon überzeugt ist. Ich habe nichts dagegen. Ich kann ihn nur warnen. Das, was wir jetzt sehen, ist ja nur die kleine Spitze vom Eisberg. Die ganzen großen Komplikationen, die kommen ja erst.

Also: Jeder kann die Maske tragen, wann und wo er will. Jeder kann sich impfen lassen. Aber in gleicher Weise muss gelten: Niemand darf gezwungen werden, die Maske zu tragen, wenn ihn das gesundheitlich schädigt, und niemand darf gezwungen werden, ein tödliches Impfrisiko auf sich zu nehmen. Das muss ganz selbstverständlicher Konsens in einer demokratischen Gesellschaft sein.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, die Maßnahmen, die hier getroffen worden sind, allgemein,

(Zuruf)

sind einerseits charakterisiert durch Überaktion, durch Unverhältnismäßigkeit. Das kann man noch verzeihen im Eifer des – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Abg. Dr. Gedeon.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Ja, noch eine Minute. – Das kann man noch verzeihen.

Aber die Polizeieinsätze sind für mich totalitär. Das kann man schon nicht mehr verzeihen. Sie sind antichristlich. Damit – das ist ja mehrfach gesagt worden – legen Sie die Axt an die

Wurzel unserer europäischen Kultur. Das ist in einigen Punkten einfach kriminell.

Kriminell ist das, was Sie mit den Schulkindern in unserem Land machen, dass Sie denen hier Masken verpassen und schwersten körperlichen und noch schwereren seelischen Schaden zufügen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie haben eine Minute überzogen.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Also, ich stelle jetzt den Antrag – und ich hoffe, dass mich Fraktionen unterstützen –: Abstimmung, dass eine Maskenpflicht an Schulen in Baden-Württemberg nicht stattfindet. Bitte unterstützen Sie meinen Antrag.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er weiß genau, dass er den Antrag gar nicht stellen darf!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie wissen, ein Antrag muss schriftlich vorliegen. – Jetzt kommen Sie doch zum Ende. Sie haben die Redezeit massiv überzogen.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Ja, bitte, hier!

(Zurufe)

Also ich möchte Sie bitten – –

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Feierabend!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Würden Sie bitte zum Schluss kommen.

(Zurufe)

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Also ich bitte, hierüber – –

(Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich muss den Antrag schriftlich vorliegen haben, und zwar nicht so, wie Sie es sonst machen, ihn mir hier hinzuschmeißen.

Jetzt verlassen Sie bitte das Redepult.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ende der Durchsage!)

Der Herr Ministerpräsident hat jetzt um das Wort gebeten.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Ich möchte dem Antrag auch Nachdruck verleihen; denn so geht das nicht!)

– Ja, wir befinden uns aber jetzt noch nicht in der Abstimmung über die Anträge. Die kommt erst anschließend.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD, Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] und Abg. Stefan Räßle [fraktionslos] tragen ein Banner mit der Aufschrift „Maskenpflicht für Schulkinder – ein politisches Verbrechen!“ durch den Plenarsaal.)

– Und das geht schon überhaupt nicht, Frau Abg. Dr. Baum.

(Zurufe)

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Unterlassen Sie das bitte!

(Zurufe, u. a. Abg. Andreas Stoch SPD: Ordnungsruf! Raus!)

Würde bitte jemand die Herrschaften nach draußen begleiten?  
Denn das ist hier nicht zugelassen.

(Zurufe: Raus! – Abg. Konrad Epple CDU: Leute, Leute, Leute! – Abg. Rainer Stichelberger SPD: Machen Sie es gut!)

Ich hoffe, Sie sind jetzt bald draußen.

Ich bitte, das Redepult zu desinfizieren.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Genau! – Abg. Andreas Stoch SPD: Bitte sehr gründlich! – Abg. Martin Rivoir SPD: Gründlichst!)

Wir lenken unsere Aufmerksamkeit nach hier vorn.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wird das jetzt überhaupt nicht sanktioniert?)

– Ich verstehe Sie leider mit Maske nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wird das jetzt überhaupt nicht sanktioniert?)

– Das wird dann die Landtagsverwaltung klären.

Ich übergebe das Wort an den Herrn Ministerpräsidenten.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Schalte der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin haben wir auf Initiative der Kanzlerin beschlossen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

den Punkt 4 unserer Beschlussvorlage, also die sogenannte erweiterte Ruhezeit Ostern, zurückzuziehen und nicht umzusetzen.

(Zurufe, u. a.: Angst!)

Ich will der Kanzlerin auch noch einmal meinen großen Respekt für diese Initiative zollen.

(Zuruf: Haben wir noch Föderalismus?)

Wir haben diesen Beschluss gemeinsam gefasst.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos], Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] und Abg. Stefan Räßle [fraktionslos] halten auf der Zuhörertribüne ein Banner mit der Aufschrift „Maskenpflicht für Schulkinder – ein politisches Verbrechen!“ hoch. – Zurufe, u. a.: Oh nein! – Raus! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Holt die Polizei! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren Fiechtner, Gedeon und – Wer ist das da links? – Das ist ein Ordnungsruf. Er geht an diese Personen für Demonstrationen hier im Plenarsaal.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie müssen die jetzt ausschließen! – Abg. Andreas Stoch SPD: Und da wird fotografiert!)

Nehmen Sie das jetzt bitte sofort herunter.

(Zurufe)

Falls Sie das nicht wissen: Das ist natürlich nicht die schriftliche Vorlage eines Antrags.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Glocke der Präsidentin – Zurufe, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aber da müssen Konsequenzen folgen!)

Sie fahren bitte gern fort, Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Also: Ich möchte der Bundeskanzlerin noch einmal meinen Respekt zollen für die Initiative, diesen Punkt auszusetzen.

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

Der Sinn dieser Osterruhe war, dass wir in fünf Tagen das öffentliche Leben so gut wie möglich herunterfahren, um es in diesen fünf Tagen durch die radikale Reduzierung von Kontakten zu schaffen, die Welle zu brechen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es war geplant – angelehnt an die Feiertagsruhe –, das rechtlich über das Infektionsschutzgesetz zu machen. Das hat sich jetzt bei der rechtlichen Prüfung als nicht machbar herausgestellt, es über das Infektionsschutzgesetz so zu regeln.

Zweitens hat sich ergeben, dass das bei vielen Betrieben die Lieferketten in einem Ausmaß gestört hätte, dass sie nicht in der Lage gewesen wären, das ordentlich über die Bühne zu bringen. Man sieht daran natürlich wieder, dass sich das Sprichwort „Der Teufel steckt im Detail“ einfach bewahrheitet hat und das in so kurzer Zeit nicht wirklich umsetzbar gewesen wäre.

Das sind die beiden Hauptgründe, warum wir das zurücknehmen mussten.

Ich habe das auch gemerkt. Ich habe ja schon viel an Rückmeldungen bekommen, aber solch einen Sturm habe ich in der Tat noch nicht erlebt.

Also: Der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz gilt und wird auch umgesetzt, außer Punkt 4, Osterruhe.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte mich beim Parlament und auch bei der Bevölkerung für dieses Hin und Her entschuldigen.

(Abg. Stefan Räßle [fraktionslos]: Sie sind Volksverräter! – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Entschuldigung. – Herr Abg. Räßle, Ordnungsruf wegen Beleidigung des Herrn Ministerpräsidenten, des Abg. Kretschmann!

(Abg. Stefan Räßle [fraktionslos]: Freie Meinungsäußerung!)

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

– Es ist ein Ordnungsruf, und ich erwarte jetzt, dass Sie hier weiter zuhören, und zwar in Ruhe.

(Zuruf: Das ist ein Rausschmiss!)

Es ist einfach unglaublich laut. – Sie dürfen gern den Saal verlassen, wenn es Ihnen hier nicht gefällt.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Daniel Rottmann AfD: Sie sind doch völlig überfordert mit der Sitzungsleitung!  
– Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Aber wir müssen auch in schweren Krisen so arbeiten, dass die Dinge gut vorbereitet sind.

(Zurufe von der AfD: Das sehen wir!)

Das war in diesem Fall nicht ausreichend der Fall. Die Idee ist sozusagen spontan auf der Konferenz entstanden.

(Zurufe)

Es ist klar, dass es mitten in der Nacht dann nicht möglich war, die rechtlichen Prüfungen hierzu mit der nötigen Sorgfalt zu machen. Das müssen wir in der Tat verbessern und müssen dafür sorgen, dass solche Pannen nicht mehr geschehen.

Deswegen möchte ich mich noch einmal bei Ihnen allen und bei der Bevölkerung dafür entschuldigen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, nachdem der Herr Ministerpräsident das Wort ergriffen hat, können wir nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung in eine Runde der Fraktionsvorsitzenden einsteigen. Wird dazu das Wort gewünscht?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, brauchen wir nicht! Es ist alles gesagt!)

Als erste Fraktion hätte die SPD das Rederecht.

(Abg. Emil Sänze AfD: Die trauen sich nicht wegen der Koalitionsverhandlungen! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Die wollen die Koalitionsverhandlungen nicht belasten!)

Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, möchten Sie dazu sprechen? – Bitte.

(Unruhe)

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir haben heute Morgen um 10 Uhr hier mit der Sitzung begonnen und eine Aussprache über die Regierungsinformation des Ministerpräsidenten geführt. Ich habe heute Morgen bereits erwähnt, dass ich diese Osterruhe als jedenfalls schwer nachvollziehbar empfinde. Ich habe auch auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung hingewiesen, habe aber ebenso gesagt: Wenn in dieser Pandemie – niemand ist vor Fehlern gefeit – Fehler passieren, dann ist es besser, die Fehler möglichst schnell zu korrigieren und daraufhin dann sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen.

Deshalb war es, Herr Ministerpräsident, richtig, dass Sie sich hier auch vor dem Parlament erklärt haben und dass Sie diese Maßnahme zurückgenommen haben. Es war auch gut, dass Sie sich im Namen der Regierung hierfür entschuldigt haben.

(Beifall)

Ich möchte die Debatte von heute Morgen nicht noch einmal aufmachen. Es geht jetzt aber darum, dass wir in einer außerordentlich schwierigen Situation – nicht nur, was die Pandemie angeht, sondern auch, wie wir in den Redebeiträgen bereits gehört haben, was die Bildung einer neuen Regierung angeht – dieses Land trotzdem weiterhin gut durch die Krise bringen.

Es darf nicht sein, dass wir in manchen Politikbereichen in den nächsten sechs Wochen jetzt eine Regierung haben, die nicht handlungsfähig ist.

Deswegen möchte ich noch einmal ganz deutlich insbesondere die Bereiche Bildung und Schulen ansprechen. Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin angekündigt, mit den Beteiligten aus dem Schulbereich nächste Woche Gespräche zu führen. Es ist, glaube ich, außerordentlich wichtig, dass wir für unsere Gesellschaft insgesamt, aber insbesondere auch für den Bildungsbereich verlässliche Vorgaben machen und dass wir unter Berücksichtigung eines sich immer wieder ändernden Infektionsgeschehens Perspektiven insbesondere für den Bildungsbereich schaffen.

Da ist es wichtig, dass wir für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land den Schaden, den diese alle durch Corona erlitten haben, so klein wie möglich halten. Das bedeutet aber auch, dass wir den Menschen, die an den Schulen arbeiten, Lehrerinnen und Lehrern, ebenso wie Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas den Schutz geben, den sie dringend brauchen.

Wir müssen auch die Kinder im Blick haben. Vor wenigen Wochen noch war von einer Studie aus Heidelberg die Rede. Wir wissen heute, dass die höchsten Infektionszahlen im Moment, gerade was die Mutationen angeht, bei den Kindern stattfinden.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Hier geht es um Verantwortung von uns allen für die jungen Menschen in diesem Land. Sie dürfen nicht die Hauptleidtragenden der Coronapandemie sein. Wir müssen Gesundheitsschutz und den Anspruch auf gute Bildung in Einklang bringen – und zwar auch in dieser schwierigen Situation vor der Bildung einer neuen Landesregierung.

Lassen Sie uns dies gemeinsam in Verantwortung für die Kinder in unserem Land tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat als Nächster Herr Fraktionsvorsitzender Gögel das Wort.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da darf jetzt mal eine Entschuldigung vorgetragen werden! – Gegenruf des Abg. Rüdiger Klos AfD: Sind Sie neuerdings der Präsident, Herr Schwarz? – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das würde der Anstand gebieten! – Gegenrufe von der AfD: Anstand und Grüne! – Da könnte man vieles aufrufen!)



**Abg. Bernd Gögel** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Schwarz, ich wüsste nicht, für was ich mich zu entschuldigen hätte. Ich habe hier in diesem Haus nichts veranlasst.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dafür, dass Abgeordnete Ihrer Fraktion das Parlament für eine Demonstration missbrauchen, Herr Fraktionsvorsitzender! Das wäre angesagt! – Weitere Zurufe)

– Ich habe hier keine ungebührlichen Aktionen gesehen.

(Zurufe: Was? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das lässt tief blicken!)

Hier gab es Reden von ehemaligen Abgeordneten der AfD.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da war auch jemand aus Ihrer Fraktion dabei! – Abg. Sascha Binder SPD: Ist Frau Baum nicht mehr Mitglied Ihrer Fraktion?)

Schauen Sie mal in Ihre Geschichte zurück.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es geht um das Parlament hier, Herr Fraktionsvorsitzender!)

Blicken Sie einmal auf Ihre Demonstrationen in den Parlamenten in Ihren Anfangsjahren. Dagegen war das nun eine völlig harmlose Angelegenheit, die hier mit dem Plakat stattgefunden hat –

(Beifall)

und die im Übrigen zu Recht stattgefunden hat.

(Vereinzelt Beifall)

Denn das, was Sie mit den Kindern in diesem Land treiben, ist eine Ungeheuerlichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall – Vereinzelt Lachen – Unruhe)

Das muss mal ganz klar herausgestellt werden.

Herr Ministerpräsident, ich habe dem SPIEGEL entnommen –

(Abg. Martin Rivoir SPD: So was lesen Sie? – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

ich hoffe, ich zitiere es richtig –, Frau Merkel habe erwähnt:

*Ich werde die Menschen im Land um Verzeihung bitten.*

Vielleicht könnten Sie mal die Nachricht hinterherschicken, dass sie nicht um Verzeihung bitten, sondern um ihren Rücktritt ersuchen soll, ihren sofortigen Rücktritt.

(Beifall – Zurufe)

Denn das, was wir heute Morgen hier im Parlament erleben, ist doch wohl die größte Farce, die man in diesem Parlament in der Nachkriegsgeschichte jemals erlebt hat. Das muss man mal herausstellen: Hier tagt ein Parlament, um über Beschlüsse zu beraten, die ein Gremium, das gar nicht beschlussfähig ist, beschlossen hat,

(Beifall)

und dies nachts um 2:30 Uhr. Ich kann Ihnen sagen: Die meisten der dort Anwesenden sind nicht einmal zu normalen Tageszeiten im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte.

(Unruhe)

Aber um 2:30 Uhr in der Nacht sind sie das in gar keinem Fall.

(Beifall)

Da die Gesundheitsämter in diesem Land am Wochenende und auch in der Nacht nicht arbeiten, haben selbstverständlich auch die Juristen der Bundesregierung das Recht, nachts zu ruhen und nicht zu arbeiten. Aber dann beschließt man doch nicht solche Dinge, bei denen man von vornherein weiß, dass diese höchstwahrscheinlich zu 90 % nicht haltbar sein werden, dass das erste Gericht, das damit befasst wird, dieses Thema sofort einkassieren wird. Wo ist das Selbstbewusstsein Baden-Württembergs im Föderalismus? Dieses Bundesland muss sich doch nicht von anderen gängeln und dirigieren lassen.

(Beifall)

Sie können doch hier selbst über Ihr Bundesland bestimmen und den Bürgern hier erklären, was Sache ist. Das können Sie dann auch umsetzen.

Subsidiarität ist eine Anforderung der AfD. Das hätten Sie in diesem Gesundheitsschutzprozess tatsächlich einmal umsetzen können.

Danke.

(Beifall – Zuruf: Bravo! – Weitere Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Rülke, Sie haben das Wort.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Kommt jetzt die Fortsetzung der Koalitionsverhandlungen?)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für die Information und auch für die Entschuldigung. Wir nehmen das mit Respekt zur Kenntnis. Es ist, wie auch der Kollege Stoch schon gesagt hat, in der Tat besser, einen Fehler zu korrigieren, als krampfhaft an ihm festzuhalten.

(Zuruf)

Allerdings müssen wir schon feststellen, dass die Abläufe dieser Ministerpräsidentenkonferenz – wie soll man sagen? – gewöhnungsbedürftig sind.

(Vereinzelt Lachen)

Wenn ich es richtig wahrgenommen habe, war es so, dass man sich am Abend nicht einigen konnte und dass die Kanzlerin die Ministerpräsidenten dann wie ungezogene Kinder zunächst einmal in die Warteschleife geschickt hat. Sie hat gesagt: „Jetzt wartet ihr mal.“ Und dann hat man Stunden gewartet, bevor aus dem Kanzleramt dieser Vorschlag mit der Osterruhe kam, und diesem Vorschlag musste man dann tief in der Nacht folgen und entsprechend beschließen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie Soldaten einberufen!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Innerhalb von 24 Stunden ergeben sich dann – ich darf Sie zitieren – „rechtliche Probleme“. Also, ich würde eigentlich vom Kanzleramt schon erwarten, dass Vorschläge,

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Rechtlich geprüft sind!)

die auf einer Ministerpräsidentenkonferenz gemacht werden und die von dieser Ministerpräsidentenkonferenz aus dann in den Landesparlamenten zu vertreten sind, vorher rechtlich geprüft werden, und zwar bevor man so etwas dann umzusetzen versucht.

(Beifall)

Ich habe gelesen, es gab die Drohung: kein Ergebnis. Mit dieser Drohung wurden dann die Ministerpräsidenten quasi dazu gezwungen, das umzusetzen, was aus dem Kanzleramt kam.

(Zurufe)

Herr Ministerpräsident, aus unserer Sicht ist es besser, kein Ergebnis zu erzielen als ein solches Ergebnis. Ich glaube, es wäre auch im Sinne des Föderalismus gut, wenn die Ministerpräsidenten sagen würden: „Frau Bundeskanzlerin, alles gut und recht, aber wir sind nicht der Abnickverein für das, was aus dem Kanzleramt kommt, insbesondere dann nicht, wenn die Sachen nicht zu Ende gedacht sind und nicht rechtlich geprüft sind.“ Dieses Selbstbewusstsein würde ich erwarten.

(Beifall – Zurufe)

Ansonsten habe ich vorhin in Ihrer Abwesenheit versucht, deutlich zu machen, dass es das eine oder andere gibt, was wir gutheißen und mittragen, z. B. eine Ausweitung der Teststrategie, dass es gut ist, dass wir, wenn jetzt mehr Impfstoff kommt, perspektivisch immer mehr Menschen durchimpfen können.

Dann müssen wir zu einer abgestimmten Öffnungsstrategie kommen, so wie es meine Fraktion in ihrem Entschließungsantrag erneut vorträgt. Wir sind der Meinung, dass es aufgrund der steigenden Impffzahlen und der steigenden Testkapazitäten möglich sein müsste, auf Lockdowns und Ausgangssperren zu verzichten. Denn ich glaube, man kann den Handel, man kann die Gastronomie, man kann Sport- und Kulturveranstaltungen kontrolliert öffnen, wenn mit Hygienekonzepten gearbeitet wird, wenn mit Masken gearbeitet wird, wenn mit Abstandsregelungen gearbeitet wird. Das muss jetzt kommen.

Ich glaube, obwohl wir steigende Inzidenzen haben, ist erkennbar, dass der Anteil der Schwererkrankten sinkt, weil die Risikogruppen zunehmend durchgeimpft sind. Deswegen können wir leider auch die Notbremse und Ausgangssperren nicht mittragen und halten an unserer Alternative fest.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz das Wort.

(Abg. Emil Sänze AfD: Wie kommen Sie aus der Nummer raus, Herr Schwarz? – Vereinzelt Heiterkeit – Gegenrufe, u. a.: Nie! – Abg. Anton Baron AfD: Mit Halleluja nicht! – Abg. Carola Wolle AfD: Never ever!)

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es ja alle schon immer gehäht, und wir wussten es im Grunde auch, dass die AfD keinen Anstand hat, dass sie keine gute Kinderstube hat.

(Beifall – Lachen – Zurufe)

Es wird aber immer grotesker. In jeder Sitzung ist es offensichtlich.

(Zuruf: Das muss so sein!)

Man muss es für die Bürgerinnen und Bürger einfach transparent machen: Die AfD sabotiert,

(Oh-Rufe – Abg. Udo Stein AfD: Nicht vom Thema ablenken! – Abg. Bernd Gögel AfD: Sprechen Sie doch zum Thema!)

sie missbraucht das Parlament, sie verharmlost Corona,

(Zurufe von der AfD, u. a.: Stimmt doch gar nicht!)

und sie beschädigt demokratische Institutionen.

(Zuruf: Nein!)

Sie beschädigen demokratische Institutionen.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Bernd Gögel AfD: Sprechen Sie zum Thema!)

Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, als Fraktionsvorsitzender trägt man die Verantwortung für die Abgeordneten seiner Fraktion.

(Zurufe)

Das gehört zur Führungsaufgabe eines Fraktionsvorsitzenden dazu. Da haben Sie versagt – ganz klar.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Udo Stein AfD: Sie auch! Der Ministerpräsident hat sich korrigieren müssen!)

Ich bin sehr froh, dass Ihnen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land dafür die Quittung gegeben haben: Fünf Prozentpunkte weniger für die AfD bei der Landtagswahl. Sie haben die Quittung bekommen. Damit ist alles gesagt, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe)

Herr Ministerpräsident, wenn sich die Kanzlerin da verrannt hat – so habe ich das wahrgenommen –,

(Oh-Rufe)

wenn sie da einer Fehleinschätzung unterlag,

(Zurufe)

(Andreas Schwarz)

dann hat man in einer Demokratie die Möglichkeit, etwas zu korrigieren. Wenn eine Maßnahme nicht auf Akzeptanz stößt

(Abg. Carola Wolle AfD: Nicht zu Ende gedacht ist!  
– Zuruf: Jean-Claude Juncker!)

oder wenn eine Maßnahme vielleicht gar nicht sinnvoll ist,

(Abg. Carola Wolle AfD: Unüberlegt! – Zuruf des  
Abg. Hans Peter Stauch AfD)

weil sie dazu geführt hätte, dass die Menschen beispielsweise dann am Mittwoch zum Einkaufen gegangen wären, oder wenn gar nicht klar gewesen wäre, wie man das hätte umsetzen können,

(Zurufe)

dann ermöglicht es die Demokratie, dass man solche Dinge korrigiert. Ich finde es sehr verantwortungsvoll, wie Sie das heute hier vorgetragen haben. Ich finde, dafür gebührt Ihnen der Respekt des ganzen Hauses, Herr Ministerpräsident.

(Beifall – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD – Glocke der Präsidentin)

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, werden wir in unseren Entschließungsantrag unter Abschnitt II Ziffer 1 diese Änderung, die Sie gerade vorgetragen haben, mit einarbeiten.

(Zurufe von der AfD, u. a.: Ah!)

Das ist ganz klar. Kollege Reinhart hatte ja vorhin ausgeführt, dass es uns darum geht, die Maßnahmen angemessen umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen ist für mich klar, dass dieser Punkt hier entsprechend korrigiert wird, damit für alle Menschen Planungssicherheit herrscht.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster hat Herr Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Reinhart das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gut, dass es so rasch korrigiert worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, ich möchte mich dem anschließen, dass wir dafür großen Respekt zollen, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Emil Sänze AfD: Nicht an ihn, an Frau Merkel!)

Denn wenn nachts eine Überlegung vorgenommen wird, ein Fehler gemacht wird, und dieser wenige Stunden später, am nächsten Tag korrigiert wird, dann ist das besser, als wenn man auf einem Fehler beharrt.

(Zuruf: Genau!)

Insoweit nehmen wir das auch zur Kenntnis. Hochachtung dafür, dass Sie sich damit hier bei allen in Baden-Württemberg auch im Namen der Ministerpräsidentenkonferenz entschuldigt haben. Ich glaube, damit ist diese Sache auch korrigiert.

(Beifall – Zuruf)

Der zweite Punkt: Es sind ja berechnete, ernsthafte Fragen. Deswegen, Herr Kollege Gögel, geht es hier auch nicht um einen Aprilscherz. Das wird der Sache nicht gerecht.

(Abg. Emil Sänze AfD: Nein, es war ein Scherz, es überhaupt zu initiieren!)

Ich finde schon, dass man hier ernsthaft über diese Fragen diskutieren muss.

Damit komme ich auch zu unserem Antrag. Ich habe vorhin schon gesagt: In dieser Ziffer haben wir formuliert, es muss angemessen umgesetzt werden. Darin steckt der Gedanke des Verfassungsgrundsatzes der Verhältnismäßigkeit,

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

nämlich dass nur das umgesetzt werden darf, was geeignet, erforderlich und angemessen ist. Dem tragen wir Rechnung.

Wenn jetzt die MPK den Punkt 4 ersatzlos streicht, dann ist der Antrag, den die Regierungsfractionen GRÜNE und CDU gestellt haben, damit trotzdem in vollem Umfang weiterhin richtig. Wir stehen dazu; beide Koalitionsfractionen stehen dazu. Wir lehnen in diesem Zusammenhang auch den Antrag der FDP/DVP ab.

(Beifall)

Ich möchte darüber hinaus schon sagen, dass wir natürlich in Zeiten leben, die hart sind. Viele Menschen sind am Anschlag. Das wird auch in diesen Tagen und Wochen deutlich. In einer solchen Zeit und unter dem Druck der Pandemie passieren auch solche Fehler.

(Abg. Emil Sänze AfD: Wie viele noch?)

Vielleicht sollte man in Zukunft, auch wenn die CdS solche Termine vorbereiten, koordiniert ein Kommuniqué vorbereiten, damit nicht mehr zu viele Diskussionen offenbleiben. Auch das ist eine Frage des Handlings.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich meine, es ist eine Leistung, dass wir die Kraft aufbringen, diese Fehler einzugestehen. Wir sollten auch nicht so tun, als würde in Deutschland gar nichts mehr klappen. Kollege Stoch hat zu Recht erwähnt: Wir konnten in Deutschland viele Leben retten, weil wir ein starkes Gesundheitswesen haben. Dieses ist in der Welt noch immer vorbildlich. Wenn oft mit Großbritannien verglichen wird, gehört auch dazu, dass Großbritannien sehr viel mehr Tote zu verzeichnen hat. Im Grunde genommen hat man dort auf Risiko mit Notfallzulassung sechs Wochen Vorsprung errungen.

Wir haben auch Erfolge im Kampf gegen die Pandemie, auch wenn es hätte schneller gehen müssen und besser gehen können. Diese Erfolge bewähren sich aber immer in der härtesten Währung, nämlich in Menschenleben.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Wir haben in Deutschland aber auch Millionen von Arbeitsplätzen erhalten: mit unserem Hilfsprogramm, mit der Kurzarbeit. Das alles sind Leistungen. In den USA stieg die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr sprunghaft auf bis zu 40 Millionen. Solche Extreme konnten wir als solidarische Gesellschaft verhindern.

Zum Abschluss ein Blick in die Nachbarländer: In Frankreich ist ein neuer, strenger Lockdown vorhanden,

(Abg. Emil Sänze AfD: Nehmen Sie doch Dänemark!)

ebenso in Italien. Selbst im Coronamusterland Südkorea gelten inzwischen die gleichen Kontaktbeschränkungen wie bei uns.

(Abg. Hans Peter Stauch AfD: Nicht in Schweden!)

Wir haben deshalb auch hier in Baden-Württemberg kraftvoll gegen diese Krise gehandelt.

(Zurufe)

Deshalb: Wir werden diese Krise meistern.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Aber dafür brauchen wir auch Zuversicht. Wir brauchen auch Selbstvertrauen. Es ist kein schneller Lauf, sondern es ist ein harter Anstieg. Es ist ein Marathon. Gerade auf den letzten Kilometern ist es besonders wichtig, mit Kondition durchzuhalten.

Insoweit glaube ich: Wir werden die Pandemie besiegen, wenn wir mit Besonnenheit und mit Umsicht jetzt auch noch die kommenden Wochen schaffen. Denn das Impfen ist der Hoffnungsträger.

(Zuruf)

Insoweit besteht, denke ich, auch wieder Grund zu Hoffnung und Zuversicht. Wir haben in Baden-Württemberg eine gute Bilanz in diesem Krisenjahr aufzuweisen, weil wir den Menschen in Sachen Gesundheit, aber auch der Wirtschaft geholfen haben. Das war eine wichtige und großartige Leistung dieser Landesregierung.

(Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, es ist noch Redezeit aus der ersten Runde übrig. Soll die in Anspruch genommen werden? – Das ist nicht der Fall.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Jetzt haben wir über die Anträge zu entscheiden. Zuerst kommen wir zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/10031. Ich schlage Ihnen vor, über den Antrag mit den Abschnitten I und II insgesamt abzustimmen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer stimmt dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP zu? – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt komme ich zu dem Entschließungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/10032. Auch hier würde ich gern die Abschnitte I und II gemeinsam zur Abstimmung stellen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer stimmt dem Antrag

zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dem Entschließungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Ich komme zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/10033, und schlage Ihnen vor, über diesen Antrag mit den Ziffern 1 und 2 insgesamt abzustimmen. – Sie sind einverstanden. Wer stimmt diesem Antrag so zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen unter Buchstabe b zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Halt!)

der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16 – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Halt, halt!)

– Ich bin mitten in der Abstimmung, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Also: Wir sind bei der Drucksache 16/10026. Wer dieser Verordnung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Verordnung mehrheitlich zugestimmt.

Dann sind wir damit fertig.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben eine Wortmeldung.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl! Genau!)

Worum geht es denn?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich möchte mein Abstimmungsverhalten erklären. – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Dafür besteht kein Bedarf.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich habe den Bedarf! – Unruhe)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/10017**

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich habe den Bedarf! – Unruhe)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, es war ganz eindeutig.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie müssen sich an die Geschäftsordnung halten!)

– Ja, und Sie müssen das nicht missbrauchen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie müssen sich an die Geschäftsordnung halten!)



(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wir sind bei Punkt 2 der Tagesordnung.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich möchte mein Abstimmungsverhalten hier erklären! Die Geschäftsordnung sieht das vor! Sie können sich nicht willkürlich, wie Sie es ständig tun, immer über die Geschäftsordnung hinwegsetzen! Das ist ein totalitäres Verhalten, was Sie hier an den Tag legen! Das ist einem Hermann Göring vielleicht angemessen! – Gegenrufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Rauschmeißen! – Lebhaftige Unruhe – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was Sie hier treiben, das ist schändlich, was Sie hier tun! Ich fordere, dass Sie sich an die Geschäftsordnung halten und dass ich hier mein Abstimmungsverhalten erklären kann! – Gegenrufe – Anhaltende lebhaftige Unruhe)

– Was Sie eben gesagt haben, ist untragbar.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] steht neben dem Redepult.)

– Sie nehmen jetzt Ihren Platz ein!

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Rauschmeißen, den Kerl! – Lebhaftige Unruhe)

Wir sind bei Punkt 2 der Tagesordnung. Es geht um – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie können mich ja von der Polizei herausführen lassen! – Unruhe)

– Nein, das mache ich ganz gewiss nicht. Diese Freude bereite ich Ihnen nicht.

(Beifall – Lachen des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Vielen Dank!)

Wir sind bei Punkt 2 der Tagesordnung: Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/10017.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie macht, was sie will! – Unruhe)

Ich stelle hier entsprechend – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Eine Schande für dieses Parlament! – Gegenrufe, u. a.: Das sind Sie! – Unruhe)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben so viel von sich gegeben, auch eine Beleidigung der Präsidentin.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nur Mist! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein, eine Feststellung!)

Wir gehen einfach einmal darüber hinweg, und Sie mäßigen sich jetzt!

Wir schließen jetzt diese Sitzung ordentlich ab und lassen uns von Ihnen nicht völlig schalü machen.

(Beifall)

Also: Ich stelle jetzt entsprechend der Geschäftsordnung Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Dann ist es so beschlossen.

Ich weise jetzt noch darauf hin, dass sich die Mitglieder des Ständigen Ausschusses in einer Stunde zu ihrer Sitzung hier im Plenarsaal treffen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 12:36 Uhr**